

Teil III: Die deutschen Erfahrungen und die Wiedervereinigungsfrage Koreas

1 Einführung

Auch wenn die Hintergründe unterschiedlich waren, hat Deutschland ebenso wie Korea in der Geschichte des Kalten Krieges im zwanzigsten Jahrhundert die schmerzliche Erfahrung der Teilung des Landes gemacht. Aus dieser gemeinsamen Geschichte verfolgte Korea die Entwicklungen in Deutschland immer mit großen Interessen. Anfangs sahen die Koreaner (im Süden) die deutsche Einheit als ein Vorbild für die Wiedervereinigung Koreas an und hoffte vorsichtig auf eine gleiche Entwicklung wie im Fall Deutschlands. Zugleich stand die Frage, ob die deutschen Erfahrungen überhaupt auf Korea übertragbar sind, häufig im Mittelpunkt der Diskussion in koreanischer Gesellschaft. Aber bald wurde festgestellt, dass in vielerlei Hinsicht gewisse Unterschiede zwischen Deutschland und Korea bestehen und das „deutsche Model“ für Korea nicht einfach nachvollziehbar ist. Unter anderem fürchtete sich der Süden vor enormer wirtschaftlicher Belastung nach dem Zusammenbruch Nordkoreas, während sich der Norden seinerseits ängstlich um den Fortbestand seines Systems sorgen musste. Dennoch richteten südkoreanische Regierung und die Experten Aufmerksamkeit auf die deutschen Erfahrungen und die Konsequenz deutscher Einheit, um eine Lehre für die künftige Wiedervereinigung Koreas aus der Erfahrungen deutscher Einheit zu ziehen.

In diesem Teil werden zuerst versucht, die deutschen Erfahrungen in Hinsicht auf die koreanische Wiedervereinigungsfrage verfolgt. Dabei werden unter anderem die Bemühungen beider deutschen Staaten um die Überwindung der Teilung und die Wiederherstellung nationaler Identität durch Austausch und Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen ins Auge gefasst. Dann wird die Wiedervereinigungsfrage Koreas mit ihrer Problematik und Perspektive in innen- und außenpolitischen Aspekten vorsichtig erörtert.

2 Die deutschen Erfahrungen

2.1 Prozess der deutschen Einigung

2.1.1 Massenflucht und Mauerfall

Ende der 80er Jahren hatte sich ein politischer Umbruch in Osteuropa vollzogen, was durch die Reformpolitik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow motiviert war. Es waren Polen und Ungarn, die innerhalb des Ostblocks schon immer eine Vorreiterrolle im Hinblick auf den politischen Wandel spielten. Als Ungarn, das mit der Einleitung einer Systemtransformation die Annäherung an den Westen bereits begann, seinen Grenzzaun zu Österreich am 2. Mai 1989 abzubauen, und noch im selben Monat das Reiseabkommen¹⁶³ mit der DDR aussetzte, führte das zu einem unerwarteten Resultat. Zuerst flüchteten etwa 900 ostdeutsche Urlauber in Ungarn via Österreich in die BRD und ihre Zahl steigerte sich mehr und mehr. Darauf reagierte das SED-Regime sofort mit der Beschränkung der Reisemöglichkeiten. Aber ab Juli strömten die DDR-Flüchtlinge in die Bonner Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie in die Ständige Vertretung der BRD und die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin. Folglich musste Bonn wegen totaler Überfüllung seine Missionen schließen. Nach zähen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den DDR-Führungen kündigte der Bundesaußenminister Genscher in Prag am 30. September den Flüchtlingen die bevorstehende Ausreise in den Westen an. Mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn fuhren dann rund 5500 DDR-Bürger aus Prag und etwa 800 aus Warschau über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik. Am 11. September öffnete Ungarn um Mitternacht seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge¹⁶⁴ und damit begann die Massenflucht von Zehntausenden über Ungarn und Österreich.¹⁶⁵

¹⁶³ Das Abkommen enthielt die Vereinbarung, nach der eine Ausreise von Bürgern des jeweils anderen Staates über die eigenen Grenzen in den Westen untersagt ist. Zitiert nach: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1996, S. 234.

¹⁶⁴ In dieser Entscheidung war der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh von Bundeskanzler Helmut Kohl im Beisein der Außenminister Gyula Horn und Hans-Dietrich Genscher bei einem ge-

Zur Beginn des Jahres 1989 stand die DDR schon vor der explosiven, revolutionären Situation, indem sich die SED-Führung immer noch für das stalinistische System einsetzte, während die meisten Ostblockstaaten durch den deutlichen Umbruch bezeichnet wurden. Die DDR zeigte längst gravierende Strukturdefekte, die durch die Diktatur der SED, den hierarchischen Zentralismus und den beträchtlichen Widerspruch zwischen ideologischer Propaganda und der Realität verursacht wurden. Das stalinistische System erwies sich als unfähig, drängende Probleme zu lösen. Unter der Partei-Diktatur und der zentralen Planwirtschaft war die notwendige Innovation in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft unmöglich.¹⁶⁶ Eine entscheidende Ursache für die Krise der DDR war die bürokratisch geplante Staatswirtschaft, die das ganze Wirtschaftssystem in der DDR unflexibel, unproduktiv und ineffizient machte. Daraus folgte der Verfall von Infrastrukturen und Lebensräumen, Missverhältnissen auf nahezu allen volkswirtschaftlichen Gebieten (zum Beispiel Angebot und Nachfrage, Import und Export, Akkumulation und Konsumtion), hohen Subventionen, geringer Wirtschaftsleistung und Arbeitsproduktivität, Verschwendung von Wirtschaftsgütern und Rohstoffen sowie einer dramatischen Umweltzerstörung usw., was in den achtziger Jahren die DDR in die offene ökonomische Krise trieb.¹⁶⁷ Damit nahm die Unzufriedenheit der Bevölkerung durch die allgemeinen Lebensbedingungen mehr und mehr zu.¹⁶⁸ Sie schätzten die Reformen in Polen, Ungarn und Sowjetunion, als das eigene System gefährdend ein. Trotz der Strukturdefekte erkannte die SED-Führung keinen Bedarf an der Reform bei sich selbst und ignorierte die Forderung der eigenen Bürger oder der sowjetischen Regierung auf die grundlegenden Reformen. Vielmehr verwies sie auf die erfolgreiche Bilanz sozialistischer Politik in der DDR.¹⁶⁹ Seit dem Spätsommer organisierten Regimekritiker und -gegner die Oppositionsgruppen.¹⁷⁰ Unter ihrem Einfluss gingen die Menschenmassen erst nach 1953 wieder

heimen Treffen am 25. August 1989 bestärkt worden, wobei Ungarn auch staatlich garantierte Kredite über eine Milliarde DM zugesichert wurden. Zitiert nach: Weidenfeld / Korte (1996), S. 235.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Vgl. Weber, Hermann: Das Ende der DDR und die deutsche Einheit, in: Das Parlament, 49. Jahrgang / Nr. 43-44.

¹⁶⁷ Vgl. Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit, Opladen 2002, S. 36.

¹⁶⁸ Bei den Bürgern der DDR wurden die allgemeinen Lebensbedingungen 1986 von 24 Prozent als schlecht und 21 Prozent als gut beurteilt, 1989 aber von 37 Prozent als schlecht und nur noch 14 Prozent gut. Inzwischen zählten sich nur noch 12 Prozent zu den Anhängern, aber 44 Prozent zu den Gegnern des Systems (1978: 26 zu 22 Prozent). Zitiert nach: Weber, Hermann: a. a. O.

¹⁶⁹ Vgl. Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 26.

¹⁷⁰ Dazu gehörte „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch“ usw.. Die bedeutendste oppositionelle Gruppierung jener Zeit war das „Neue Forum“. Die staatlich und kirchlich unabhängige Bewegung wurde als erste am 9. September von dreißig Vertretern aus elf Bezirken der DDR gegründet. Sie war die größte Oppositionsgruppe in der DDR. Mit den Zielen demokratische

protestierend auf der Straße und demonstrierten friedlich gegen die SED-Diktatur. Während die SED-Führung Feierlichkeit zum 40. Jahrestag der DDR am 6. Oktober bilanzierte, demonstrierten Zehntausende DDR-Bürger am 7. und 8. Oktober für eine demokratische Erneuerung des Sozialismus, diese wurden vor allem in Ostberlin von der Polizei niedergeschlagen. Wendepunkt war die Großdemonstration am 9. Oktober in Leipzig, wo es eine bürgerkriegsähnliche Eskalation zwischen den Demonstranten und der Staatsmacht gab, was zur tragischen Folge hatte, dass die Staatsmacht am Ende vor über 70000 Demonstranten kapitulieren musste. Seit der Leipziger Großdemonstration vom 9. Oktober hatte die SED ihren uneingeschränkten Machtanspruch verloren. Die offizielle Politik funktionierte nicht mehr richtig und die Partei- und Staatsführung schien nicht mehr in der Lage und fähig zu sein, die zugespitzte Lage abzuwenden.

In dieser Situation wählte die SED den Staats- und SED-Chef Honecker nach 18 Jahren am 18. Oktober ab und ernannte Egon Krenz zum neuen SED-Chef. Während mit dem Wechsel der Führungsspitze das Politbüro wieder handlungsfähig wurde und die angespannte Situation abgewendet werden konnte, galten für die Opposition und die Demonstranten die Ereignisse als erste Erfolge gegen die SED-Diktatur. Krenz kündigte zwar eine Wende an, jedoch machte das auf die ostdeutsche Bevölkerung keinen glaubwürdigen Eindruck. Die Demonstrationen breiteten sich im ganzen Land aus. Am 4. November demonstrierten mehr als eine Million DDR-Bürger in Ostberlin, wobei sie die Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und vor allem Reisefreiheit sowie freie Wahlen forderten. Es war die größte Protestveranstaltung in der Geschichte der DDR. Unter diesem Druck trat die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Willi Stoph am 7. November zurück und wenige Tage später wurde der SED-Reformpolitiker Hans Modrow zum neuen Regierungschef gewählt.

Unmittelbar nach seiner Ernennung als der Nachfolger Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 versuchte Egon Krenz, die seit Sommer 1989 andauernde Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn und die damalige CSSR mit einer neuen Reiseregulung abzuhalten. Inzwischen flüchteten täglich 10 000 Menschen aus der DDR, was die ostdeutsche Wirtschaft vor allem im Dienstleistungssektor lahm legte. Um einen dadurch drohenden

Erneuerung, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Freigabe aller statistischen Daten über die DDR hatte die Gruppierung nach der offiziellen Genehmigung als offene Vereinigung bei Entscheidungsprozessen in der DDR mitgewirkt. Für die Bürgerbewegungen in der DDR siehe Pollack, Detlef: Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/1995, S. 34-45, Für das Neue Forum siehe Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 49.

Zusammenbruch der DDR zu vermeiden, entschied der Ministerrat, die Reisesperre¹⁷¹ in die Tschechoslowakei ab dem 1. November aufzuheben. Umgehend strömten erneut Tausende von den DDR-Bürgern in die bundesdeutsche Botschaft in Prag. Unter massivem Druck der tschechoslowakischen Regierung, ihre Grenze zur DDR zu schließen, erlaubte die SED-Führung ihren Bürgern zum ersten Mal die direkte Ausreise aus der CSSR in die Bundesrepublik ab dem 4. November. Innerhalb weniger Tage kamen einige Zehntausende in Zügen und Autos in den Westen. Als am 6. November die SED-Führung den ersten Entwurf für ein Reisegesetz veröffentlichte, der noch immer zahlreiche Einschränkungen enthielt und vor Weihnachten in Kraft gesetzt werden sollte, forderte es den Widerstand der Opposition und der Demonstranten heraus, die „zu spät“ und sogar „Die SED muss weg“ gerufen hatten.¹⁷² Tags darauf wurde der Entwurf vom Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer als unzureichend abgelehnt. Die SED-Führung stand unter dem Druck, bis zur geplanten Inkraftsetzung des Entwurfs nicht mehr wartet zu können. Nach langem Hin und Her beschloss das Politbüro der SED am 9. November neue eigentlich als Übergangsregelung geplante Reiseregulungen, die die allgemeine Reisefreiheit auf Antrag und nach kurzfristiger Genehmigungsphase für die Besitzer eines Reisepasses¹⁷³ gestatten sollte. Am Abend desselben Tages kurz vor 19 Uhr gab der Pressesprecher des Politbüros, Günther Schabowski, am Ende seiner Pressekonferenz eher beiläufig und offensichtlich unvorbereitet die noch vorläufigen Regelungen bekannt. Auf die Frage der Journalisten nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelungen sagte er „sofort, unverzüglich“. Gleich am selben Abend versammelten sich Tausende von Berlinern aus Ost und West an den Grenzübergangsstellen und erzwangen deren Öffnung. Als später gegen 22.30 Uhr alle Kontrollen angesichts starken Andrangs der Menschenmassen eingestellt werden mussten und ohne Widerstand die Grenze in Berlin passiert werden konnte, verlor die Berliner Mauer als ein Symbol der Teilung von Deutschland nun ihre Funktion.¹⁷⁴

Die Grenzöffnung brachte weitreichende Folgen mit sich. Vor allem bot sie den DDR-Bürgern die Möglichkeit, in die Bundesrepublik ohne Einschränkungen einzureisen und

¹⁷¹ Anfang Oktober 1989 setzte die DDR-Regierung das Abkommen über dem pass- und visafreien Reiseverkehr zwischen der Tschechoslowakei und der DDR aus, um weitere Fluchtwelle in Richtung Ungarn zu verhindern.

¹⁷² Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Massenflucht – Anfang vom Ende, in: Das Parlament: a. a. O.

¹⁷³ Das waren damals ca. vier Millionen DDR-Bürger.

¹⁷⁴ Vgl. Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 58ff.

die parlamentarische Demokratie und die besseren Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik unmittelbar zu erfahren. Nach dem 9. November wuchs der Wunsch nach einer baldigen Vereinigung immer mehr. Inzwischen wurde die Parole „Wir sind das Volk“ in den zahlreichen Demonstrationen durch den Ruf „Wir sind ein Volk“ ersetzt. Die Öffnung der Mauer im November erwies sich als die entscheidende politische Weichenstellung der deutschen Einheit.¹⁷⁵

2.1.2 Das „Zehn-Punkte-Programm“¹⁷⁶ des Bundeskanzlers Kohl und der Vier-Stufen-Plan des Ministerpräsidenten Modrow

Am Anfang des Jahres 1989 reagierte die Bundesregierung mit einer abwartenden Haltung auf der revolutionären Entwicklung in der DDR und hoffte zunächst auf die Stabilisierung der DDR. Aber der revolutionäre Umbruch in der DDR entwickelte sich rasant. Am 18. Oktober 1989 stürzte das Honecker-Regime und am 9. November fiel der Berliner Mauer, die über zwei Jahrzehnte ein Symbol der deutschen Teilung war. Die Menschen gingen zu Hunderttausenden auf die Straße und drückten mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ ihren Willen zur deutschen Einheit deutlich aus. Diesbezüglich sah die Bundesregierung dringenden Handlungsbedarf. Der Bundeskanzler Helmut Kohl ergriff schließlich die Initiative, indem er am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm vorstellte, das über konföderative Strukturen zwischen der DDR und der Bundesrepublik langfristig auf die deutsche Einheit zielte. Das Programm sah zunächst sofortige Hilfsmaßnahmen in humanitären Bereichen und die Vertiefung bestehender Zusammenarbeit mit der DDR auf verschiedenen Ebenen vor. Jedoch könnte umfassende Hilfe und Zusammenarbeit nur in Aussicht kommen, unter der Bedingung der grundlegenden Reformen in der DDR, zu denen unter anderem die Aufhebung des SED-Machtmonopols und die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen zählen sollen. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollte durch ein dichtes Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und gemeinsame Einrichtungen auf verschiedenen Ebenen im Sinne der von Modrow vorgeschlagener „Vertragsgemeinschaft“

¹⁷⁵ Ebd., S. 60ff.

¹⁷⁶ Dazu siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Informationen aus Bonn, November/Dezember 1989.

intensiver werden. In seinem Konzept schlug Kohl vor, konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine bundesstaatliche Ordnung zu schaffen, was aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR nach freien Wahlen voraussetzen soll. Besonders betonte der Kanzler nachdrücklich, dass diese Entwicklung eingebettet in der gesamteuropäischen Entwicklung bleiben sollte. In diesem Zusammenhang wurde die Stärkung der EG, das Festhalten am KSZE-Prozess als ein Herzstück der gesamteuropäischen Architektur und weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle weiter verlangt.¹⁷⁷

Der Plan zielte ausdrücklich auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit ab. Aber in dem Plan fehlte ein konkreter und überschaubarer Zeitraum zur Umsetzung.¹⁷⁸

Das Zehn-Punkte-Programm löste unterschiedliche Reaktionen in der DDR und der BRD aus. Zwar fand es im Bundestag über die Parteigrenzen hinweg Zustimmung¹⁷⁹, jedoch stieß es außen- und innenpolitisch auf einige Kritiken: Es soll darum gehen, dass die Frage der Westintegration und der Nato-Mitgliedschaft sowie eine klare Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze ausgesetzt bleiben. Der Plan rief die polarisierende Wirkung auch in der DDR-Bevölkerung hervor. Die DDR-Regierung reagierte zunächst mit folgender Erklärung auf das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers:

„Solche Erklärungen gehen nicht nur an den Realitäten vorbei, sondern können sehr leicht zu Irritationen führen, da sie sowohl die im Grundlagenvertrag als auch in der Schlussakte von Helsinki festgeschriebene Souveränität und Unabhängigkeit der beiden deutschen Staaten außer Acht lassen. In den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ist von der gegenseitigen Achtung und Respektierung der Souveränität, territorialen Integrität und Gleichberechtigung auszugehen.(....) Was die Bezugnahme des Bundeskanzlers auf die Selbstbestimmung betrifft, so bringt die überwiegende Mehrheit

¹⁷⁷ Weidenfeld / Korte (1996), S. 187-188; Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 69-70.

¹⁷⁸ Schroeder, Klaus: Der Preis der Einheit, hrsg. von bayerischer Landeszentrale für politische Bildung, München 2000, S. 113.

¹⁷⁹ Während die GRÜNEN den Plan als reinen „Anschluss der DDR“ an die Bundesrepublik ablehnte, war die SPD in ihrer Bewertung uneins. Einige Sozialdemokraten wie Willy Brandt begrüßten und unterstützten den Vereinigungskurs. Aber andere wie Egon Bahr hielten an der SPD-Strategie der achtziger Jahre fest, die Einheit Deutschlands mit der Auflösung der wirtschaftlichen und militärischen Blöcke und der Integration Europas zu verbinden. Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, diffamierte den Zehn-Punkte-Plan Kohls als „großen diplomatischen Fehlschlag“. Zitiert nach Schroeder, Klaus: a. a. O., S. 113.

unseres Volkes ... zum Ausdruck, dass es um die Erneuerung einer souveränen DDR geht. Dies ist ein Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts, den man zur Kenntnis nehmen sollte.“¹⁸⁰

Auch am 28. November 1989, an dem Helmut Kohl sein Zehn-Punkte-Programm vorstellte formulierten Prominente DDR-Künstler und Mitglieder von Oppositionsgruppen den Aufruf „Für unser Land“, in dem sie eine eigenständige DDR als „soziale Alternative zur BRD“ forderten. Aber die Initiative Kohls wurde von einer breiten Mehrheit der DDR-Bevölkerung unterstützt.¹⁸¹

Im neuen Jahr verschärfte sich die Lage in der DDR noch mehr. Obwohl die Volkskammer ein neues Reisegesetz, das allen Bürgern Reisefreiheit zusicherte, verabschiedete und Modrow den Oppositionsparteien Mitarbeit in der Regierung anbot, verließen täglich Tausende Menschen die DDR. Auf der Montagsdemonstration in Leipzig und auf den Kundgebungen in vielen anderen Städten forderte der große Teil der ostdeutschen Bevölkerung eine rasche Vereinigung. Am 15. Januar wurde die Zentrale der Stasi gestürmt. Viele Mitglieder traten aus der SED-PDS aus. Krenz und weitere 13 hohe Funktionäre mussten die Partei verlassen. Nach Gesprächen mit der sowjetischen Führung in Moskau Ende Januar, wobei Modrow sein neues Konzept zur deutschen Einheit vorstellte und Gorbatschow der Einheit der beiden deutschen Staaten zustimmte¹⁸², legte Modrow am 1. Februar einen Drei-Stufen-Plan zur deutschen Einheit am 1. Februar vor.

„Die Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit könnten sein:

- Abschluss eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft als eine Vertragsgemeinschaft, die bereits wesentliche konföderative Elemente enthalten sollte wie Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung.
- Bildung einer Konföderation von DDR und BRD mit gemeinsamen Organen und Institutionen, wie z. B. parlamentarischer Ausschuss, Länderkammer, gemeinsame Exekutivorgane für bestimmte Bereiche.

¹⁸⁰ NEUES DEUTSCHLAND vom 29. November 1989.

¹⁸¹ Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 70ff.

¹⁸² Schroeder, Klaus: a. a. O., S. 116.

- Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Machtorgane der Konföderation.
- Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch Wahlen in beiden Teilen der Konföderation, Zusammentreten eines einheitlichen Parlaments, das eine einheitliche Verfassung und einheitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließt.¹⁸³

Vor allem sieht er militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation als eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklungen. Im Hinblick darauf, dass der Plan letztlich stufenweise auf eine staatliche Einheit Deutschlands zielt, bestand im wesentlichen kein großer Unterschied zwischen dem Plan Modrows und dem Zehn-Punkte-Programm. Wegen der Forderung nach militärischer Neutralität eines vereinigten Deutschland lehnte Kohl jedoch den Plan strikt ab, weil die Westintegration die außenpolitische Maxime der Bundesrepublik darstellte.¹⁸⁴

2.1.3 Die Politik zur schnellen Einheit des Kanzlers Kohl und freie Wahlen in der DDR

Nach dem Fall des Mauers wurde die Forderung nach der Vereinigung immer stärker. Indem auf der Montagsdemonstration in Leipzig und auf den Massenkundgebungen in anderen Städten die Menschen „Wir sind ein Volk“ statt „Wir sind das Volk“ ab Mitte November riefen, brachten sie die klare Ablehnung einer langsamen Entwicklung und zugleich den Wunsch zur raschen Vereinigung zum Ausdruck. Angesicht des rasanten Prozesses in der DDR schien der Zehn-Punkte-Plan Kohls längst ein veraltetes Konzept zu sein. Nach dem Dresdner Gipfel am 19. Dezember, wobei Modrow und Kohl Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft vereinbarten, änderte die Bundesregierung nun ihren deutschlandpolitischen Kurs. Sie setzte sich für eine schnelle Wiedervereinigung ein, anstatt der Pläne für eine Konföderation.¹⁸⁵ Bundeskanzler

¹⁸³ Frankfurter Rundschau vom 2. Februar 1990

¹⁸⁴ Weidenfeld / Korte (1996), S. 238; Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 74.

¹⁸⁵ Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 73.

Kohl brachte diese Politik auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Modrow am 13. Februar 1990 in Bonn deutlich zum Ausdruck.

„Doch die krisenhafte Zuspitzung der Lage in der DDR macht weitgehende und mutige Antworten erforderlich. Politische und gesellschaftliche Umwälzungen haben hier zu einer dramatischen Verkürzung des politischen Zeithorizontes geführt, so dass für ... Stufenpläne inzwischen die Geschäftsgrundlage entfallen ist. In einer solchen Situation geht es um mehr als Ökonomie. Es muss jetzt darum gehen, ein klares, unmissverständliches Signal der Hoffnung und der Ermutigung für die Menschen in der DDR zu setzen. Deswegen, und nur deswegen, haben wir die in der Tat historisch zu nennende Entscheidung getroffen, der DDR das Angebot zur umgehenden Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu machen. [...] Doch eine Währungsunion macht nur dann Sinn, wenn die DDR ihrerseits unverzüglich umfassende marktwirtschaftliche Reformen einleitet.“¹⁸⁶

Die Veränderung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung hatte folgende Hintergründe: Erstens musste die damalige Regierungspartei unter Kohl die Vereinigung beschleunigen, um bei der im Dezember 1990 geplanten Wahl zum Bundestag ihre politische Position zu verstärken. Zweitens einigten sich Kohl und Gorbatschow in Moskau am 10. Februar 1990 darüber, „dass die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden“¹⁸⁷, was den Weg zur deutschen Einheit nach dem Willen der deutschen Bevölkerung freigemacht hat. Drittens setzte die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR, die das Risiko enthielt die DDR ins Chaos zu führen, die Bundesregierung unter Druck zu handeln, obwohl die Bundesregierung die von der schnellen Vereinigung verursachten Probleme erkannte. Viertens hatte der Bundeskanzler Kohl den persönlichen Ehrgeiz, das historische Werk deutscher Wiedervereinigung zu schaffen und damit der erste Ministerpräsident des vereinigten Deutschlands zu werden.

Daher trieb die Bundesregierung den Vereinigungsprozess zügig voran. Sie bemühte sich zunächst um die baldige Realisierung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden Staaten. Aber sie koppelte eine effiziente Zusammenarbeit und

¹⁸⁶ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin Nr. 25 vom 15. Februar 1990, S. 194.

¹⁸⁷ Ebd., S. 193.

eine weitgehende finanzielle Unterstützung an einem Vorhandensein einer demokratisch legitimierten Regierung in der DDR, da das Vertrauen der DDR-Bevölkerung in die Regierung Modrow gering war, obwohl diese sich inzwischen zur Zusammenarbeit mit Vertretern des „Runden Tisches“¹⁸⁸ bereit gefunden hatte. Daher war ein neu gewähltes Parlament unumgänglich, das die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der DDR widerspiegelte. Somit einigten sich die Vertreter der Oppositionsgruppen und der Parteien in der DDR am Runden Tisch darüber, am 6. Mai die ersten freien Wahlen durchzuführen.

Als sich nach dem revolutionären Umbruch in der DDR die Möglichkeit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten abzeichnete, verschärfte sich der Streit über den richtigen Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Dazu legte das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die zwei Möglichkeiten vor: Dies waren der Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes.¹⁸⁹ Nach dem Artikel 146 GG, der unter anderem von der SPD (West) bevorzugt war, soll eine Verfassungsgebende Versammlung für ganz Deutschland eine neue Verfassung ausarbeiten, die dann einem Volksentscheid unterworfen werden soll. Der neue deutsche Staat soll durch diese neue Verfassung gegründet werden. Hingegen sah der Artikel 23 GG den schnellen Weg zur deutschen Einheit vor, den die Bundesregierung anstrebte. Die Prozedur der Vereinigung soll vereinfacht werden, und vor allem sollen weitreichende außenpolitische Folgen vermieden werden. Die ehemalige DDR soll ohne Komplikationen in die bestehenden Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik einbezogen werden

¹⁸⁸ Seit der Streichung des SED-Führungsanspruchs aus der Verfassung am 1. Dezember 1989 konfrontierte sich die Regierung Modrow mit einem Zerfall ihrer politischen Kräfte: Viele Mitglieder traten aus der Partei aus und in den früheren Blockparteien vollzog sich ein politischer Wandel. Zugleich entstanden neue Parteien und Organisationen in der DDR. In dieser Phase entschied sich die Regierung Modrow, die Entscheidungskompetenz mit den neuen politischen Parteien und Organisationen am Runden Tisch als Interessenvertretung für das Volk zu teilen, mit dessen Hilfe die Regierung in der DDR stabilisiert und ihre Macht gesichert werden sollte. Somit hatte der Runde Tisch, der später „Zentraler Runder Tisch“ genannt wurde, den Charakter einer Doppelherrschaft. Am 7. Dezember 1989 traten erstmals die Vertreter der Oppositionsgruppen, der fünf Blockparteien und der Regierung zusammen. Zu seinen Aufgaben gehörten die Einleitung von Sofortmaßnahmen und die grundsätzlichen mittelfristigen Entscheidungen, wonach der Staatssicherheitsdienst, der inzwischen in Amt für Nationale Sicherheit umbenannt war, aufgelöst und die freien Wahlen am 6. Mai 1990 bestimmt wurden. Die letzte Sitzung des Zentralen Runden Tisches fand am 12. März 1990 statt.

¹⁸⁹ Art. 23: Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Art. 146: Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Am 23. September 1990 ist der Artikel 23 aufgehoben und der Artikel 146 geändert worden.

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR, die eigentlich für 6. Mai 1990 angelegt waren, fanden auf der Empfehlung des Zentralen Runden Tisches am 18. März statt. Der Wahlkampf wurde mit großer Härte geführt; die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland leisteten wirkungsvolle Unterstützung und beeinflussten Wahlkampfaktik und Wahlprogramme ihrer jeweiligen Schwesterparteien in der DDR. Die Wahlen endeten mit einem überraschenden Ergebnis. Bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent gewann die „Allianz für Deutschland“, die aus CDU, Deutscher Sozialunion (DSU) und Demokratischer Aufbruch (DA) bestand, mit 48, Prozent der Stimmen, während die SPD, die lange Zeit als Favorit gehandelt wurde, nur halb so stark war wie die CDU (40,8) mit 21,8 Prozent. Das Wahlergebnis zeigte deutlich, dass die Mehrheit der Ostdeutschen sich für die rasche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten – für den Beitritt durch den Artikel 23 GG – entschieden hatten. Die PDS erhielt 16,4 Prozent und wurde damit die drittstärkste Partei in der Volkskammer. Die im Bund Freier Demokraten zusammengeschlossenen Liberalen erreichten einen Stimmenanteil von 5,3 Prozent. Dagegen schnitt das Bündnis 90 nur mit 2,9 Prozent ab. Es folgten die Demokratische Bauernpartei (2,2 Prozent) und alle übrigen Parteien unter 1 Prozent.¹⁹⁰ Die Allianz für Deutschland bildete zusammen mit der SPD und dem Bund Freier Demokraten eine große Koalition, und Lothar Maizière (CDU) wurde von der Volkskammer zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt.

2.1.4 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Nachdem der Bundeskanzler Kohl anlässlich des Besuches des Ministerpräsidenten Modrow in Bonn „sofortige Verhandlungen zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft“ angeboten hatte, gab es die Gespräche der „Gemeinsamen Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ bis zur Volkskammerwahl am 18. März. Die Verhandlungen über die Vertragsinhalte begannen erst mit der Bildung einer neuen Regierung unter Lothar de Maizière in der DDR am 12. April. Der Ministerpräsident kündigte in seiner Regierungser-

¹⁹⁰ Weidenfeld / Korte (1996), S. 239; Robert Grünbaum: a. a. O., S. 84f.

klärung an, dass die Einheit so schnell wie möglich kommen muss, und ihre Rahmenbedingungen vernünftig und zukunftsfähig sein müssen. Daher bemühte er sich in den Verhandlungen, neben der Währungs- und Wirtschaftsunion, vor allem soziale Aspekte in das Vertragswerk einzubringen.¹⁹¹ Schließlich unterzeichneten die beiden Regierungen am 18. Mai 1990 den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit dem Ziel, den DDR-Bürgern eine glaubwürdige Perspektive zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zu bieten und den wirtschaftlichen Niedergang in der DDR aufzuhalten. Weiterhin sollte man neben der wirtschaftlichen Einheit die staatliche Vereinigung vorbereiten.¹⁹² Der Deutsche Bundestag und die Volkskammer der DDR verabschiedeten den ersten Staatsvertrag mit großen Mehrheiten am 21. Juni 1990. Einen Tag später wurde der Vertrag vom Bundesrat angenommen. Nur die zwei Bundesländer Niedersachsen und Saarland lehnten ihn ab.

2.1.4.1 Vertragsinhalte¹⁹³

Der erste Staatsvertrag, der am 1. Juni 1990 in Kraft trat, besteht aus einer Präambel, sechs Kapiteln sowie einem gemeinsamen Protokoll und den neun Anlagen. Das Kapitel I enthält die allgemeinen Bestimmungen zur Wirtschaftsunion. In den Kapiteln II, III, und IV werden die Bestimmungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erklärt. Die Kapitel V und VI umfassen die Bestimmungen über den Staatshaushalt und die Finanzen der DDR und Schlussbestimmungen. Der Vertrag wird durch das „Gemeinsame Protokoll über Leitsätze und die Anlagen“ ergänzt.

a) Währungsunion

Die Währungsunion hat die Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel in der DDR, die Umtauschkurse für die deutsch-deutsche Währungsunion und die Rolle der Deutschen Bundesbank usw. zum Inhalt. Nämlich seit dem 1. Juni 1990 soll die Deutsche Mark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in Ostdeutschland mit einheitlichem

¹⁹¹ Schroeder, Klaus: a. a. O., S. 119.

¹⁹² Weidenfeld / Korte (1996), S. 699.

¹⁹³ Für die ganzen Vertragsinhalte siehe Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 63 vom 18. Mai 1990.

Währungsgebiet werden (der Staatsvertrag Art. 10, Abs. 5). Die Deutsche Bundesbank soll das alleinige Recht für die Währungs- und Kreditpolitik haben. Damit sollen ein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen operierendes Geschäftsbankensystem, ein freier Geld- und Kapitalmarkt usw. in dem ganzen ostdeutschen Raum eingeführt werden.

Löhne, Gehälter, Stipendien, Rente und Pachten sowie andere wiederkehrende Versorgungszahlungen (z. B. Unterhaltszahlung) werden im Verhältnis 1 zu 1 auf Deutsche Mark umgestellt. Zugleiche können die DDR-Bürger ihr Bankguthaben im Verhältnis 1 zu 1 bis zu bestimmten Höchstgrenzen je nach Alter umtauschen:

- Für Kinder unter 15 Jahren bis 2000 Mark
- Für die Personen von 15 bis zum 59 Lebensjahr bis 4000 Mark
- Für die Personen über 60 Jahre bis 6000 Mark

Für Bankguthaben über die Höchstgrenzen hinaus und für alle anderen Schulden und Verbindlichkeiten wird der Kurs von 2 zu 1 angewendet. Außerdem werden die Guthaben von Personen, deren ständiger Wohnsitz oder Sitz sich außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik befindet, im Verhältnis 3 zu 1 umgewechselt, soweit die Guthaben, die nach dem 31. Dezember 1989 entstanden sind. Der Umtausch ist nur über Konten bei Geldinstituten in der Deutschen Demokratischen Republik möglich, auf die auch die umzustellenden Bargeldbeträge einzuzahlen sind.

Seit dem 1. Juni 1990 geht die Funktion der Staatsbank der DDR als die Zentralbank auf die Deutschen Bundesbank über. Nun übt die Deutsche Bundesbank die währungspolitischen Befugnisse im gesamten Währungsgebiet aus und regelt damit den Geldumlauf und die Kreditversorgung mit dem Ziel, die Stabilität der Währung zu gewährleisten. Für ihre Arbeit in der DDR richtet die Deutsche Bundesbank eine vorläufige Verwaltungsstelle in Berlin mit bis zu fünfzehn Filialen in der DDR ein.

b) Wirtschaftsunion

Der Staatsvertrag regelt die Soziale Marktwirtschaft als die Grundlage der Wirtschaftsunion. Es wird die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, die durch Privateigentum,

Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und volle Freizügigkeiten von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen gekennzeichnet wird, in die DDR eingeführt. Dadurch werden Vertragsfreiheit, Gewerbe-, Niederlassungs-, und Berufsfreiheit, die Freizügigkeit von Deutschen in dem gesamten Währungsgebiet und die Koalitionsfreiheit garantiert und das private Eigentum an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln gewährleistet. Nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip wird neben der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit auch die Dispositionsfreiheit in der DDR hervorgehoben. Damit verpflichtete sich die DDR, die privaten Unternehmen gegenüber staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben nicht zu benachteiligen und den privatwirtschaftlichen Wettbewerb zu garantieren.

Nun übernahm die DDR die Regelungen des westdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsrechts. Somit wurden die mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip unvereinbaren rechtlichen Bestimmungen in der DDR aufgehoben oder geändert und die wirtschaftlichen Rechtsvorschriften wie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das Atomgesetz, das für Kapitalgesellschaften geltende GmbH-Gesetz und das Aktiengesetz in Kraft gesetzt. Die DDR erließ neue Rechtsvorschriften wie Gesetze zur Gewerbe-, Berufs-, und Niederlassungsfreiheit und zur Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital und Zahlungsverkehr sowie Gesetz über die Preisbildung und Preisüberwachung.

Die Wirtschaftsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sah es als eine dringende Aufgabe an, das System des Privateigentums in der DDR einzuführen, da bisher in der DDR nur die Kombinate oder die Genossenschaften auf der Grundlage des sozialistischen Eigentumssystems die Unternehmen besitzen konnten und folglich es fast unmöglich war, Grundstücke als Eigentum zu erwerben.

In der Gemeinsamen Erklärung „zur Regelung offener Vermögensfragen“¹⁹⁴ vom 15. Juni 1990 kamen die beiden deutschen Staaten zur Einigung über die Eckwerte zur Eigentumsfrage. Enteignetes Grundvermögen werde grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückgegeben. Treuhandverwaltungen und ähnliche Maßnahmen mit Verfügungsbeschränkungen über Grundeigentum, Gewerbebetrieb und sonstige Vermögen seien aufgehoben. Zur Privatisierung und Reorganisation des volks-

¹⁹⁴ Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin Nr. 77 vom 19. Juni 1990.

eigenen Vermögens erließ die DDR das Treuhandgesetz am 17. Juni 1990 und schuf eine Treuhandanstalt, um das volkseigene Vermögen zu privatisieren. Die Privatisierungserlöse sollen vorrangig für die Strukturanpassung der Betriebe verwendet und in zweiter Linie im Staatshaushalt eingeführt werden.¹⁹⁵

c) Sozialunion

Die Sozialunion, die auf Initiative der DDR-Regierung ein Bestandteil des Vertrags wurde, hat die Einführung einer der sozialen Marktwirtschaft entsprechenden Arbeitsrechtsordnung und des Systems der sozialen Sicherung in der DDR zum Inhalt.

Die DDR verpflichtete sich, an die westdeutschen arbeitsrechtlichen Regelungen wie Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung und Kündigungsschutz im Staatsvertrag (Art. 17) anzupassen. Dies bedeutet, dass die DDR-Bürger auch zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen bilden können. Folglich werden Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr durch den Staat, sondern durch freie Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien bestimmt. Weitere wichtige arbeitsrechtliche Gesetze der Bundesrepublik wie das Mitbestimmungsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das Tarifvertragsgesetz und das Kündigungsschutzgesetz wurden von der DDR übernommen.¹⁹⁶

In Art. 18 wurden Grundsätze der Sozialversicherung festgesetzt. Statt der bisherigen Einheitsversicherung der DDR wird ein gegliedertes System der Sozialversicherung eingeführt, das den Regelungen der Bundesrepublik entspricht. Danach sollen die Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung durch Selbstverwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechts unter staatlicher Rechtsaufsicht durchgeführt und vor allem durch Beiträge finanziert werden.

Das System der Arbeitslosenversicherung einschließlich Arbeitsförderung ist entsprechend den Regelungen des westdeutschen Arbeitsförderungsgesetzes zu regeln. Dazu erließ die DDR das Arbeitsförderungsgesetz am 22. Juni 1990. Damit sollen Maßnahme

¹⁹⁵ Rauschnig, Dietrich: Der deutsch-deutsche Staatsvertrag als Schritt zur Einheit Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B.33/90, S. 8.

¹⁹⁶ Ebd., S. 10.

der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie berufliche Bildung und Umschulung usw., in der DDR durchgeführt werden. Dabei sollen unter anderem die Frauen und Behinderten berücksichtigt werden. Am 21. Juni 1990 wurde das Sozialhilfegesetz erlassen.

Das System der Rentenversicherung wird an das Rentenversicherungsrecht der Bundesrepublik angepasst. Dazu wurde gemäß dem Rentenangleichungsgesetz vom 28. Juni 1990 die Bestandsrenten der Rentenversicherung auf ein Nettorentenniveau festgesetzt: Ein Rentner soll nach 45 Versicherungsjahren mit dem Verdienst, der jeweils dem volkswirtschaftlichen Durchschnittsverdienst entsprach, 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsverdienstes in der DDR als Rente erhalten. Auf dieser Basis werden die Renten entsprechend der Entwicklung des Nettoarbeitseinkommens geregelt.

Außerdem wurde das Krankenversicherungsrecht und das Unfallversicherungsrecht sowie ein System der Sozialhilfe eingeführt, die der Regelungen der Bundesrepublik entsprechen. Zur Ausführung der auf dem Grundsatz der Lohn- und Beitragsbezogenen Rentenversicherung wurde das Gesetz über die Sozialversicherung am 28. Juni erlassen.

d) Staatshaushalt und Finanzen

Der Staatsvertrag umfasste im Art. 26 Abs. 2 die wichtigsten Grundsätze für die Finanzpolitik der DDR. Die Haushalte der DDR werden den westdeutschen Haushaltstrukturen angepasst. Mit dem Beginn der Währungsunion werden der Sozialbereich, die Wirtschaftsunternehmen und die Verkehrsbetriebe sowie die Führung der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post aus dem Staatshaushalt ausgegliedert. Dazu ließ die DDR Gesetze zur Finanz- und Haushaltsordnung am 15. Juni 1990 ergehen. Die Gebietskörperschaften in der DDR verpflichten sich im Art. 26 Abs. 3, alle Anstrengungen zur Defizitbegrenzung zu unternehmen. Dazu gehören der Abbau von Haushaltssubventionen, die nachhaltige Senkung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst, die Überprüfung aller Ausgaben auf Notwendigkeit und Finanzierbarkeit und die Strukturverbesserung des Bildungswesens sowie vorbereitende Aufteilung nach föderativer Struktur. Das volkseigene Vermögen muss vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts in der DDR genutzt werden.

Mit Einführung der Wirtschaftsunion wurde eine niedrige Steueraufnahme in der DDR für das zweite Halbjahr 1990 erwartet. Darum sollte ein Teil des DDR-Haushalts durch die Finanzaufweisungen der Bundesrepublik ausgeglichen werden. In Art. 27 wurde die Frage der Kreditaufnahme und Schulden geregelt. Die Kreditemächtigungen für den Haushalt der Gebietskörperschaften der DDR sollen für 1990 auf 10 Milliarden DM begrenzt werden. Für das Treuhandvermögen sollen, zur Vorfinanzierung erwartender Erlöse, Kredite für 1990 von 7 Milliarden DM und für 1991 von 10 Milliarden DM aufgenommen werden.

In Art. 28 des Staatsvertrags gewährte die Bundesrepublik Deutschland zweckgebundene Finanzaufweisungen für den Staatshaushalt der DDR für das zweite Halbjahr 1990 von 22 Mrd. DM und für 1991 von 35 Mrd. DM. Die Finanzierung dieser Zuweisungen wird über den Fonds „Deutsche Einheit“ erfolgen. Der Sonderfonds wird bis 1994 mit Haushaltsaufweisungen des Bundes in Höhe von 95 Mrd. DM und mit Krediten in Höhe von 95 Mrd. DM finanziert, die je zur Hälfte von Bund und Ländern übernommen werden sollen. Außerdem wird der Bund als Anschubfinanzierung für die Rentenversicherung 750 Mill. DM für das zweite Halbjahr 1990 sowie für die Arbeitslosenversicherung 2 Mrd. DM für das zweite Halbjahr 1990 und 3 Mrd. DM für 1991 zahlen.¹⁹⁷

2.1.4.2 Politische Bedeutung des Staatsvertrags

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrags vollzog sich die wirtschaftliche Vereinigung beider deutscher Staaten. Wie in der Präambel des Staatsvertrags dargestellt wurde, war die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion ein erster Schritt in Richtung auf die Herstellung der staatlichen Einheit. Der Staatsvertrag sah einen Wandel in der DDR von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft vor, der zur weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und zu besseren Lebensbedingungen in der DDR dienen sollte. Seit dem 1. Juni 1990 wurde die Deutsche Mark als gemeinsame Währung der DDR eingeführt und die Wirtschaft der DDR auf die westdeutsche Wirtschafts- und Sozialordnung umgestellt. Dadurch war die Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR von der Zustimmung der Bundesregierung völlig

¹⁹⁷ Rauschnig, Dietrich: a. a. O., S. 33.

abhängig geworden. Zwar konnte die DDR den eigenstaatlichen Status weiterhin halten, jedoch bedeutete die Umsetzung des Vertrages das faktische Ende der DDR. Damit wurde die deutsche Vereinigung eine unumkehrbare Tatsache.

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion führte erhebliche Probleme für die DDR herbei. Die Einführung der D-Mark ermöglichte zwar den Ostdeutschen einerseits den Zugang zur westlichen Warenwelt, aber sie machte andererseits ihren Lebensalltag schwer. Infolge der Geldaufwertung erhöhten sich die Preise in allen Bereichen zweifach oder dreifach. Die Umstellung auf die westdeutsche Wirtschaftsordnung führte zu einem dramatischen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Angesichts des neuen Ordnungsrahmens waren die Industrie und Landwirtschaft in Ostdeutschland nicht mehr konkurrenzfähig, was einen drastischen Rückgang der gesamten wirtschaftlichen Produktion, die Unternehmenszusammenbrüche und gestiegene Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Vor allem erwiesen sich steigende Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit als soziales und politisches Problem in Ostdeutschland.¹⁹⁸

Die wirtschaftliche Vereinigung stellte zwar auf der einer Seite einen gewaltigen Sprung auf dem Weg zur deutschen Einheit dar, auf der anderen Seite brachte sie jedoch wirtschaftliche Schwierigkeiten. Diese Nebenwirkung wurde schon vorausgesehen. Auf die Frage, warum die Bundesregierung trotz der Voraussicht und heftiger Kritik gegen die in großer Eile zu vollziehende Einführung der D-Mark und gegen die Übertragung des westlichen Wirtschaftssystems auf die DDR, den radikalen Wandel der DDR-Wirtschaft auf sich genommen hat, spielen eher politische als wirtschaftliche Gründe eine große Rolle. Einige Gründe dafür waren:

- Die friedliche Revolution im November 1989 durch ostdeutsche Bürger stellte eine gründliche Leugnung über die 45 jährige DDR-Geschichte dar. Somit mussten die Elemente alter Ordnung ohne Verzögerung beseitigt werden.
- Die ostdeutschen Bürger sehnten sich nach dem baldigen Zusammengehen mit Westdeutschland, was durch die mehrmaligen Wahlen in der DDR bestätigt wurde.

¹⁹⁸ Grünbaum, Robert: a. a. O., S.106-110.

- Die Umstellung ostdeutscher Mark auf die D-Mark wurde nicht nur von den Menschen in Ostdeutschland kräftig verlangt, sondern auch als ein Symbol für die Auflösung des alten Systems gehalten.
- Aber ein ganz entscheidender und unmittelbarer Grund, den wirtschaftlichen Umbau der DDR zu forcieren, war die Erkenntnis, dass nur die sofortige Währungsunion der einzige Weg war, für alle DDR-Bürger, die ausreisen wollten, einen Anreiz zu schaffen, in ihrer Heimat zu bleiben, und damit den unkontrollierbaren Strom von Übersiedlern aus der DDR zu stoppen. D. h., zwar war die Mauer zwischen dem Osten und Westen gefallen, aber die Möglichkeit zur Einheit war noch unklar und die Zukunft war ungewiss. Dennoch drängten sich täglich Tausende von Menschen aus dem Osten nach Westen.

Die nachträgliche politische Situation lieferte auch ein wichtiges Argument für die Politik der schnellen Vereinigung: Der innere Konflikt in der Sowjetunion, die als einer von 4 Siegermächten bereits mit der deutschen Einheit einverstanden war, kam an die Oberfläche. Die Stellung Gorbatschows wurde unsicher und Schewardnadse, der damalige Außenminister, trat vom Amt zurück. Damit wurden Bedenken vorgebracht, ob auch nach der Entwicklung der Kette von Ereignissen die Sowjetunion tatsächlich eine positive Position für die deutsche Einheit einnehmen konnte. Folglich sah man bei der Politik zur schnellen Vereinigung eine dramatische Gelegenheit für die deutsche Einheit. Seit Mitte des Jahres 1994 entwickelte sich die Wirtschaft des vereinigten Deutschland relativ stabil und die Wirtschaft in Ostdeutschland schien die große Krise zu überwinden. Aber das Problem der Arbeitslosigkeit im Osten und der Unterschiede des Einkommens zwischen West- und Ostdeutschland blieb immer noch ungelöst.

2.1.5 Internationale Aspekte der deutschen Einheit: „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“

2.1.5.1 Das Verhandlungsverfahren

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges behielten die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich als die Siegermächte „ihre Rechte und Verant-

wortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin“. Darum war die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur von deutsch-deutschen Entwicklungen, sondern auch viel von der Zustimmung der vier Siegermächte abhängig. Um die Wiedervereinigung zu vollenden, mussten die äußeren Rahmenbedingungen - wie die Wiederherstellung der Souveränität des vereinigten Deutschlands und das Verständnis über die deutsche Einheit der europäischen Nachbarländer von dem internationalen politischen Standpunkt aus und die Anerkennung der Westgrenze Polens, der Verzicht auf das Territorium des alten Deutschen Reiches, die Zustimmung zur deutschen Einheit der vier Siegermächte und EG und der Abschluss des Friedensvertrags usw. vom völkerrechtlichen Standpunkt aus - geklärt werden, auch wenn die offenen Fragen über die deutsche Einheit zwischen den beiden deutschen Staaten gelöst wurden.

Anfangs beobachteten die USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich die politischen Entwicklungen in der DDR abwartend. Aber als neue Rahmenbedingungen deutschlandpolitischen Handelns aus dem Fall der Mauer am 9. November 1989 resultierten und damit die Wiedervereinigung auf die aktuelle Tagesordnung kam, wiesen sie auf die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte gegenüber der deutschen Einheit hin. Unter anderem sah die Sowjetunion die deutsche Frage unter enger Verbindung mit der gesamteuropäischen Entwicklung an und verlangte eine Vier-Mächte-Konferenz. Dagegen bekräftigte die Bundesregierung das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und forderte zugleich von den Vier-Mächten, als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über die deutsche Frage teilzunehmen. Diese Position der Bundesregierung wurde von der amerikanischen Regierung unterstützt.¹⁹⁹ Nach bilateralen Gesprächen trafen die Außenminister der Bundesrepublik und der DDR sowie der vier Siegermächte schließlich am Rand eines Außenministertreffens von NATO und Warschauer Park am 13. Februar 1990 in Ottawa zusammen und bestätigten das Konzept der sog. „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“, das eigentlich von amerikanischer Regierung angelegt wurde. Durch das regelmäßige Treffen der sechs Außenminister soll die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der

¹⁹⁹ Der US-Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker legten auf dem NATO-Gipfel am 3. Dezember 1989 in Brüssel „Vier Prinzipien“ zum Vereinigungsprozess in Deutschland vor: „Erstens können die Deutschen in freier Selbstbestimmung ihre Zukunft gestalten; zweitens muss ein Vereinigtes Deutschland Mitglied der NATO sein; drittens soll die Vereinigung schrittweise und friedlich vollzogen werden und viertens dürfen die in Europa bestehenden Grenzen (unter anderem die deutsch-polnische) nicht verändert werden.“, zitiert nach Robert Grünbaum: a. a. O., S. 112.

Nachbarstaaten diskutiert werden, während die inneren Angelegenheiten der deutschen Frage von den Deutschen selbst geregelt werden sollten.²⁰⁰ Neben den innerdeutschen Gesprächen verliefen die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen mit zahlreichen formellen und informellen Kontakten. Sie gingen von der Tatsache aus, dass der Prozess zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten unumgänglich und allenfalls in geordnete Bahnen zu lenken war, und darüber hinaus von der Einsicht, dass sich über die Lösung des Deutschlandproblems die Chance zur Aufhebung der Teilung Europas und zu effektiven Abrüstungsmaßnahmen eröffnete.²⁰¹

Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen fanden am 5. Mai in Bonn, 22. Juni in Ost-Berlin, 17. Juli in Paris und 12. September 1990 in Moskau statt und wurden zugleich zahlreiche von zahlreichen Gesprächen auf der Ebene der Fachleute begleitet sowie von vielen bilateralen Kontakten der Außenminister oder der Staats- und Regierungschefs. Bei den Verhandlungen standen vor allem die Frage der gesamtdeutschen Bündniszugehörigkeit und der Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze im Mittelpunkt. Der Verhandlungsprozess stieß auf eine harte Position der sowjetischen Seite, die in Hinsicht auf die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands und die künftige sicherheitspolitische Struktur Europas „eine ausführliche Diskussion von politisch-militärischen Fragen“ forderte und damit wieder die Rechte und Verantwortlichkeiten der Viermächte betonte.²⁰² Ihre Vorstellung war „eine deutsche Neutralität oder eine Doppelmitgliedschaft Deutschlands sowohl in der NATO als auch im Warschauer Pakt“²⁰³.

Aber der Durchbruch kam kurz vor dem dritten Außenministertreffen vom 17. Juli 1990 in Paris, als der Bundeskanzler Kohl vom 14. bis 16. Juli 1990 die Sowjetunion besuchte und bei den vertraulichen Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau und in Stawropol im Kaukasus zur weitgehenden Einigkeit über die zuvor umstrittenen Punkte gelangte. Demgegenüber sagte die Bundesregierung der Sowjetunion die Wirtschaftshilfe und Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen. Zu Gorbatschow akzeptierte jetzt die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands. Die Änderung der westlichen Sicherheitspolitik diente dieser Entscheidung, indem die Staats- und Regierungschefs

²⁰⁰ Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 111.

²⁰¹ Maier, Gerhart: Die Wende in der DDR, hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 113.

²⁰² Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 798.

²⁰³ Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 120.

der Mitgliedstaaten auf dem NATO-Gipfel am 6. Juli 1990 in London die politische Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes, die Abrüstung und die Änderung der NATO-Strategie usw. anerkannten.

Nun konzentrierten sich die Außenminister auf die Lösung der Grenzfrage. Im dritten Außenministertreffen in Paris war diese Grenzfrage – die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze - ein wichtiger Tagesordnungspunkt. Hierzu wurde der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski eingeladen und stimmte den fünf „Grenz-Prinzipien“²⁰⁴ zu. Genscher und Skubiszewski einigten sich schließlich über das Verfahren zur endgültigen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze: Die deutsch-polnische Grenze sollte nach der deutschen Vereinigung durch den Abschluss eines Grenzvertrags zwischen Polen und Deutschland endgültig anerkannt werden.²⁰⁵

Sobald die zentralen Streitpunkte, die Grenzfrage und die Frage der Bündniszugehörigkeit, geklärt waren, kamen die Verhandlungen voll in Gang. Zugleich beschäftigten sich die Beamten mit dem Entwurf für ein Abschlussdokument. In einer vierten Verhandlungsrunde am 12. September 1990 in Moskau wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)“ endlich von den sechs Außenministern aus Zwei-plus-Vier-Staaten unterzeichnet. Damit war der Weg zur vollständigen Wiederherstellung der deutschen Souveränität frei.²⁰⁶

2.1.5.2 Inhalte²⁰⁷ und Bedeutung des Vertrages

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, der aus einer Präambel und zehn Artikeln sowie einer Protokollnotiz besteht, war eines der wichtigen Vertragwerke auf dem Weg zur deutschen Vereinigung. In der Präambel wurden der

²⁰⁴ Diese fünf „Grenz-Prinzipien“ basierten auf einer gemeinsamen EntschlieÙung von Bundestag und Volkskammer am 21. Juni 1990, wo sie die Westgrenze Polens für endgültig erklärten, und bildeten später auch die Grundlage für Artikel 1 des „Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“.

²⁰⁵ Deutschland und Polen unterzeichneten den „Vertrag über die Bestätigung der bestehenden Grenze“ am 14. November 1990 und den „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ am 17. Juni 1991.

²⁰⁶ Weidenfeld / Korte (1999), S. 794.

²⁰⁷ Für den ganzen Text des Vertrags siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin vom 14. September 1990, Nr. 109/S. 1153.

gemeinsame Wille der beteiligten Staaten (beide deutschen Staaten und die vier Siegermächte) wie Frieden, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Völkerverständigung und Gewaltverzicht dargestellt. Artikel 1 definierte den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinigten Deutschland und legte die deutsche Ostgrenze fest, indem „die Außengrenzen des vereinigten Deutschland die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland seien“. Artikel 2 und 3 bekräftigten den Willen Deutschlands zum Gewaltverzicht. Deutschland werde seine Waffen nur in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen einsetzen und auf Herstellung und Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichten. Die deutschen Streitkräfte werden innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann reduziert. In Artikel 4 und 5 wurde die Frage der ausländischen Streitkräfte auf dem Boden Deutschlands geregelt. Die sowjetischen Streitkräfte werden bis Ende 1994 vom Gebiet der DDR abziehen. Die Truppen Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Berlin dürfen bis zum vollständigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte stationiert bleiben. Gemäß dem Artikel 6 habe das vereinigte Deutschland das uneingeschränkte Recht auf freie Bündniswahl. D. h., es kann weiter ein Mitglied der NATO werden. Artikel 7 beinhaltete die zentrale Bestimmung des Vertrages. Artikel 7 lautet: „(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarung, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst. (2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Die letzten drei Artikel befassten sich mit der Ratifizierung, Hinterlegung der Urkunden und das Inkrafttreten. Der Vertrag soll nach erfolgreichem Abschluss der Ratifizierung in Kraft treten.²⁰⁸ Da diese Ratifizierungsverfahren in den beteiligten Staaten aber nicht bis zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 abgeschlossen werden konnten, haben die Viermächte ihre Vorbehaltsrechte und Verantwortlichkeiten vom 3. Oktober bis zum Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages ausgesetzt.

²⁰⁸ Die Ratifizierungsurkunden hatten die USA am 25. Oktober, Großbritannien 16. November, Frankreich 13. Dezember 1990 und die Sowjetunion 4. März 1991 bei der Bundesregierung hinterlegt.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag war ein Ergebnis der politischen und diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung. In den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und in bilateralen Gesprächen und Abmachungen hatten sie die Viermächte und die europäischen Nachbarländer davon überzeugt, dass das vereinte Deutschland sowohl den europäischen Einigungsprozess voranbringen als auch eine friedensichernde Rolle in Europa spielen werde, und durch ihre Bereitschaft zur Reduzierung der Streitkräfte, zur Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze ihre Befürchtung beseitigt.²⁰⁹ Wenn auch der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ kein Friedensvertrag zwischen Deutschland und den vier Siegermächten war, haben die Viermächte durch den Vertrag die deutsche Vereinigung anerkannt und den Deutschen die vollständige Souveränität zugestanden, wodurch die vier deutschen Fragen, nämlich die Wiedervereinigungsfrage, die Berlinfrage, die Grenzfrage und die Frage über den Abschluss des Friedensvertrags usw. gelöst wurden. Somit konnte Deutschland mit der Herstellung der vollen Souveränität am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung erreichen, und in Europa das Jalta-System beenden, das seit 1945 gestaltet war.

2.1.6 Der Einigungsvertrag und die Vollendung der deutschen Einheit

2.1.6.1 Der Verhandlungsverlauf

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war der Prozess zur deutschen Vereinigung unumkehrbar. Es ging nur um die Frage, wie und wann. Schon vor Inkrafttreten des ersten Staatsvertrags begann die Diskussion um einen zweiten Staatsvertrag. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR war nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

In Hinblick auf den Weg zur Herstellung der deutschen Einheit bot das Grundgesetz zwei Möglichkeiten an: der Beitritt des Gebiets der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes über Art. 23 GG oder der Weg einer neuen gesamtdeutschen Verfas-

²⁰⁹ Maier, Gerhart: a. a. O., S. 113.

sungsgebung für die beiden deutschen Staaten durch einen Volksentscheid über Art. 146 GG. Politische Gründe führten zur Entscheidung für ein Vorgehen nach Art. 23 GG und einen Staatsvertrag: Die Bundesregierung konnte nur die Aussicht auf eine rasche Vereinigung die Lage in der DDR beruhigen. Das Verfahren nach Art. 23 war der sanfte und schnelle Weg zur Einheit Deutschlands. Der Weg wurde auch von der DDR-Regierung und der Volkskammer durch das eigene Interesse verfolgt, den Vereinigungsprozess durch ein Vertragswerk zu beeinflussen, was nach Art. 146 GG nicht möglich gewesen wäre.²¹⁰ Der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, hatte bereits in seiner Regierungserklärung am 12. April 1990 den raschen Zusammenschluss seines Landes mit der Bundesrepublik Deutschland über Art. 23 GG in Aussicht gestellt. Schon im Vorfeld der ersten Verhandlungsrunde kamen die beiden Delegationen, die von dem Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem Parlamentarischen Staatssekretär der DDR Günther Krause geleitet wurden, zu Gesprächen in Berlin am 29. Mai und Bonn am 1. Juni 1990 zusammen, um ihre Positionen grob abzustimmen. Auf Wunsch der ostdeutschen Seite sollte der Einigungsvertrag nach dem Vorbild des ersten Staatsvertrages aufgebaut werden. Der Vertragstext stellte die wichtigsten Schritte der deutschen Einheit dar. Die Anlage des Vertrages, die mit beitriffsbedingten Regelungen zur Harmonisierung einzelner Rechtsmaterien umgingen, erarbeiteten Fachleuten beider Seiten.²¹¹ Am 6. Juli begannen die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Während der erste Staatsvertrag vor allen die Fragen des Wirtschaftsrechts geregelt hatte, befasste sich der Einigungsvertrag mit allen übrigen Rechtsgebieten: Verwaltungsrecht, Strafrecht, EG-Recht usw. Bei den Verhandlungen gab es auf beiden Seiten kontroverse Diskussionen über viele Fragen. Zum Gegenstand heftiger Debatten zählten Themen wie die Eigentumsproblematik, die Regelungen für den öffentlichen Dienst auf dem Gebiet der DDR, der Umgang mit dem Vermögen der Parteien und Institutionen der DDR, die Wahl der Hauptstadt und des Regierungssitzes, die Gestaltung der künftigen Finanzordnung und die Frage des Verbleibs der Akten des Staatssicherheitsdienstes sowie die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch, der im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand. Die Verhandlungen begleiteten zahlreiche Expertengespräche und trotz der zahlreichen strittigen Themen gelangten die beiden Seiten nach vier intensiven Verhandlungsrunden zu Vereinbarungen. Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der

²¹⁰ Weidenfeld / Korte (1999), S. 783.

²¹¹ Ebd., S. 784.

Einheit Deutschlands“ wurde durch Günther Krause und Wolfgang Schäuble am 31. August 1990 unterzeichnet. Am 20. September stimmten der Bundestag und die DDR-Volkskammer dem Vertragswerk mit Zwei-Drittel-Mehrheiten zu, welche für die Ratifizierung des Vertrags in beiden Parlamenten notwendig waren.²¹² Die Vertreter der Bundestagsfraktion der Grünen begründeten ihre ablehnende Haltung mit sozial- und gesellschaftspolitischen Vorbehalten, während Bündnis 90/Grüne und die Fraktion der PDS in der DDR-Volkskammer darüber hinaus starke finanzpolitische Einwände vorbrachten. Auch 14 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmten gegen den Vertrag aufgrund des Abtreibungsrechts, der Eigentumsfrage und der Änderungen der Grundgesetzartikel 23 und 146. Der Bundesrat billigte den Einigungsvertrag am 21. September einstimmig, und damit trat der Einigungsvertrag am 29. September in Kraft.

Die Vereinigung Deutschlands vollzog sich am 3. Oktober 1990. In der Nacht feierten Hunderttausende vor dem Reichstag in Berlin. Einen Tag nach der Vereinigung trat der gesamtdeutsche Bundestag mit 140 Abgeordnete aus Volkskammer im Berliner Reichstag zur ersten Sitzung zusammen.²¹³ In seiner Ansprache beim Staatsakt zum Tag der Deutschen Einheit schilderte Bundespräsident Richard von Weizsäcker einerseits seine Freude über die vollzogene Vereinigung in Frieden und Freiheit, „er erinnerte aber gleichzeitig an die großen Aufgaben, welche noch vor dem deutschen Volke liegen, wenn auch die innere Vereinigung gelingen soll.“²¹⁴

„Die Form der Einheit ist gefunden. Nun gilt es, sie mit Inhalt und Leben zu erfüllen. Parlamente, Regierungen und Parteien müssen dabei helfen. Zu vollziehen aber ist die Einheit durch das souveräne Volk, durch die Köpfe und Herzen der Menschen selbst. Jedermann spürt, wie viel da noch zu tun ist. Es wäre weder aufrichtig noch hilfreich, wollten wir in dieser Stunde verschweigen, wie viele uns noch voneinander trennt. (...)

Nun, da wir die Freiheit haben, gilt es, in ihr zu bestehen. Deutlicher als früher erkennen wir heute die Folge der unterschiedlichen Entwicklungen. Die Kluft im Materiellen springt als erstes ins Auge. Auch wenn die Menschen in der DDR mit der Mangelwirtschaft alltäglich in ihrem Leben konfrontiert waren, das Beste daraus gemacht und hart

²¹² Im Deutschen Bundestag stimmten 442 von 492 anwesenden Abgeordneten für den Vertrag, 47 lehnten ihn ab, drei enthielten sich der Stimme. In der Volkskammer stimmten 299 von 380 Abgeordneten dafür, 80 dagegen und ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

²¹³ Vgl. Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 130.

²¹⁴ Maier, Gerhart: a. a. O., S. 103.

gearbeitet haben, trat das Ausmaß der Probleme und damit die Distanz zum Westen doch erst in den letzten Monate ganz klar hervor. Wenn es gelingen soll, das Gefälle bald zu überwinden, dann bedarf es dafür nicht nur der Hilfe, sondern vor allem auch der Achtung untereinander.

Für die Deutschen in der ehemaligen DDR ist die Vereinigung ein ... sie ganz unmittelbar und persönlich berührender existentieller Prozess der Umstellung. Das bringt oft übermenschliche Anforderung mit sich ... Bei den Menschen im Westen war die Freude über den Fall der Mauer unendlich groß. Dass aber die Vereinigung etwas mit ihrem persönlichen Leben zu tun haben soll, ist vielen nicht klar oder sogar höchst unwillkommen. So darf es nicht bleiben. Wir müssen uns zunächst einmal gegenseitig besser verstehen lernen. Erst wenn wir wirklich erkennen, dass beide Seiten kostbare Erfahrungen und wichtige Eigenschaften erworben haben, die es wert sind, in der Einheit erhalten zu bleiben, sind wir auf gutem Weg.²¹⁵

2.1.6.2 Vertragsinhalte²¹⁶

Der Einigungsvertrag setzte sich aus einer Präambel, neun Kapitel mit 45 Artikeln, einem Protokoll und drei Anlagen zusammen. In der Präambel kam der Wille der beiden Vertragsparteien zum Ausdruck, „die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden“. Die deutsche Einheit soll ein Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten.

Das Kapitel I des Vertrages regelte die Beitrittsart (über Art. 23 GG) und legte das Beitrittsdatum (3. Oktober 1990) fest. Außerdem erklärte es Berlin zur Hauptstadt des vereinten Deutschland und die Entscheidung über den Regierungssitz wurde auf der Zeit nach Herstellung der Einheit verschoben. Im Kapitel II wurden die beitriffsbedingten Grundgesetzänderungen erklärt, wie z. B. die Neugestaltung der Präambel und Art. 146 GG, die Aufhebung von Art. 23 GG oder die Änderung der Stimmenverhältnisse im Bundesrat. Darüber hinaus kam es zu Sonderregelungen für das gesamtdeutsche Haus-

²¹⁵ DIE WELT vom 4. Oktober 1990.

²¹⁶ Für die Vertragstexte siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin vom 20. September 1990, Nr.112.

halts- und Finanzwesen. Kapitel III regelte die Grundsatzfragen der Rechtsangleichung und die Gültigkeit des Bundesrechts in den neuen Bundesländern. Die prinzipielle Fortgeltung der völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik und der DDR befand sich im Kapitel IV. Kapitel V befasste sich mit dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung in den neuen Bundesländern. Das Problem des öffentlichen Vermögens und der Staatsschulden der DDR sowie die Maßnahme zur Strukturanpassung im Beitrittsgebiet waren im Kapitel VI geklärt. In den weiteren Kapiteln VII und VIII wurden die Regelungen zu den Bereichen Arbeit, Soziales, Familie, Frauen, Verbands- und Gesundheitswesen sowie Umwelt und die Themen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport behandelt. Kapitel IX umfasste Übergangs- und Schlussbestimmungen.

In den umfangreichen Anlagen wurde eine ganze Reihe von Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht bzw. für fortgeltendes DDR-Recht bis ins Detail geregelt.

Der Einigungsvertrag stellte eine umfangreiche und detaillierte Kodifizierung der rechtlichen Aspekte der Vereinigung beider deutschen Staaten dar.²¹⁷ Trotzdem gab es kein Zweifel, dass er aufgrund des Zeitdrucks einige Schwachstellen gab. Unter anderem wurde die Regelung der Eigentumsfrage mit dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ angeführt. Der für die Zeit nach 1949 festgeschriebene Vorrang der Rückgabe vor Entschädigung für enteignete Güter wurde von vielen Wirtschaftsvertretern als Investitionshemmnis angesehen und war vielen unmittelbar betroffenen Ostdeutschen unverständlich.²¹⁸

2.2 Austausch und Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten

2.2.1 Der Abschluss des Grundlagenvertrags und ihre Bedeutung

Der Ausgangspunkt für die politische Bemühung der Bundesrepublik um die Annäherung gegenüber der DDR geht auf die Ostpolitik Willy Brandts zurück. In der Kanzlerzeit Adenauers wurde die Politik dadurch charakterisiert, die staatliche Existenz der

²¹⁷ Weidenfeld / Korte (1999), S. 824.

²¹⁸ Ebd.

DDR nicht anzuerkennen und die DDR aus der internationalen Gemeinschaft zu isolieren. Aber Willy Brandt, der im Oktober 1969 an die Macht kam, leitete eine neue Phase der Deutschlandpolitik ein, die die Tatsache berücksichtigte, dass zwei voneinander unabhängige Staaten in Deutschland existieren, und kam zu der Einsicht, dass die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zum Nutzen der Menschen auf dem Verhandlungswege geändert werden müssen. Auf der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sprach Willy Brandt: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland. Ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ Aufgabe der praktischen Politik sei es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst werde. Zugleich erklärte er die Bereitschaft zu Verhandlungen auf Regierungsebene und auf der Basis der Gleichberechtigung der beiden Seiten, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Am 19. März 1970 kamen die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten zum ersten Mal in Erfurt zusammen und im Mai desselben Jahrs fand das zweite Gipfeltreffen in Kassel statt. Anlässlich des Gipfeltreffens wurde „der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)“²¹⁹ am 21. Dezember 1972 unterzeichnet, der einen Einschnitt in die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten markierte.

Mit dem Vertrag vereinbarten die beiden Seiten, normale gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln und die Ziele und Prinzipien der UN-Charta zu beachten, durch friedliche Lösungen aller Streitfragen, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze und die Achtung ihrer territorialen Integrität. Die beiden Seiten sollten die Unabhängigkeit und Selbständigkeit in inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren und ständige Vertretungen an den Regierungssitzen errichten. Unter anderem hatten die beiden Seiten im Vertrag ihre Bereitschaft erklärt, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Verkehr, Rechtsverkehr, Post- und Fernmeldewesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Umweltschutz sowie auf anderen Gebieten sollte entwickelt wer-

²¹⁹ Für die Text siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, Bonn 1989, S. 21-46.

den, die menschlichen Begegnungen sollten gefördert werden und der erweiterte Austausch von Meinungen und Informationen sollte angestrebt werden.

Der Grundlagenvertrag ging von der besonderen Lage Deutschlands aus, wo zwei Staaten existieren. Er regelte einerseits den formalen Rahmen eines Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten (innerhalb der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR), andererseits brachte die Aussicht auf einen weiteren Ausbau der innerdeutschen Beziehungen. Als die Bayerische Staatsregierung den Antrag über die Verfassungswidrigkeit des Grundlagenvertrags gestellt hatte, rechtfertigte das Bundesverfassungsgericht ihn mit folgender Urteilungsgründung am 31. Juli 1973:²²⁰

„Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot ... Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde ... Der Vertrag hat also einen Doppelcharakter; er ist seiner Art nach ein völkerrechtlicher Vertrag, seinem spezifischen Inhalt nach ein Vertrag ...“

Der Grundlagenvertrag stellte „keine endgültige Lösung der deutschen Frage“ dar. Zwar kannte die Bundesregierung eine staatliche Existenz der DDR an, aber sie legalisierte die Teilung Deutschlands nicht, sondern war auch der deutschen Frage weiterhin rechtlich und politisch offen geblieben.

2.2.2 Austausch und Kontakt auf praktischer und humanitärer Ebene

Abgesehen von dem innerdeutschen Handel, war auch vor dem Grundlagenvertrag nicht nur der Telefon- und Postverkehr, sondern auch der Personverkehr zwischen den beiden deutschen Seiten niemals ganz unterbrochen worden. Aber die richtigen innerdeutschen

²²⁰ Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1976. Bericht und Dokumentation.

Beziehungen durch die Zusammenarbeit auf praktischer und humanitärer Ebene sowie die Förderung menschlicher Begegnungen und ein erweiterter Austausch begannen anlässlich des Grundlagenvertrages. In der Folge des Grundlagenvertrags war zwischen den beiden deutschen Staaten ein ganzes Geflecht von Vereinbarungen auf verschiedenen Gebieten entstanden, die menschliche Erleichterung bringen, das Zusammengehörigkeitsgefühl in Ost und West stärken und die praktischen Probleme im nachbarschaftlichen Verhältnis von BRD und DDR lösen sollen.²²¹ Dazu gehören: die Einrichtung der ständigen Vertretungen, die Grenzkommission und die Feststellung des Verlaufs der Grenze, der Post- und Fernmeldeverkehr, der Ausbau des innerdeutschen Handels, sowie das Gesundheitswesen, der kulturelle Bereich und die Zusammenarbeit im Umweltschutz. Im Zuge des Grundlagenvertrages kamen zwischen 1972 und 1989 mehr als 30 Abkommen zwischen beiden Teilstaaten Deutschlands zustande.

a) Personenverkehr

Das Verkehrswesen und der Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten waren von besonderer politischer und menschlicher Bedeutung in der innerdeutschen Beziehung. Vor allem war der private Reiseverkehr eines der stärksten Bindeglieder zwischen den Menschen in Ost und West.²²² Somit bemühte sich die Bundesregierung um die Verbesserung der Reisemöglichkeit. Aber bis zum Inkrafttreten des Verkehrsvertrags vom 17. Oktober 1972 wurde der Reiseverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands von den Behörden der DDR immer wieder zeitweilig gestört und behindert. Eine Reise aus privaten Gründen wurde für die Einwohner der Bundesrepublik in der Regel nur im Fall dringender Familienangelegenheiten wie besonderer Geburtstag, Trauung und schwere Erkrankung oder Beerdigung von Verwandten in der DDR gestattet. Dagegen wurden die Geschäftsreisen oder die Reisen auf Einladung amtlicher Stellen meistens ohne Schwierigkeiten zugelassen.²²³ Für die DDR-Bürger durften nur die Rentner oder wenige besondere Privilegierte ab 1964 in den Westen reisen. Die Reiseerleichterung

²²¹ Vgl. Kühn, Detlef: Die innerdeutschen Beziehungen seit dem Grundlagenvertrag, in: Haendcke-Hoppe, Maria / Lieser-Triebnigg, Erika (Hrsg.): 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung Band 29, Berlin 1990, S. 89.

²²² Weidenfeld / Korte (1996), S. 376.

²²³ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1976, Bonn 1977, S. 34.

kam mit dem Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin²²⁴ vom 3. September 1971 und des Verkehrsvertrags vom 26. Mai 1972. Damit hatte der Reiseverkehr zwischen den beiden Seiten in den 70er Jahren sprunghaft zugenommen: Im Jahr 1976 hatten rund 3,121 Millionen Bewohner der Bundesrepublik die Reisemöglichkeit genutzt, während 1969 nur 1,107 Mill. Menschen aus Bundesgebiet die DDR besucht hatte. Die Erleichterung des Reiseverkehrs förderte auch das Interesse der jungen Generation in der Bundesrepublik, die Verhältnisse der DDR kennenzulernen und Kontakte mit der Jugend in der DDR zu knüpfen und zu pflegen. Damit haben die Begegnungen und Besichtigungsreisen Jugendlicher jährlich kontinuierlich zugenommen, obgleich sie nur in der DDR möglich waren.²²⁵

Nachdem der Deutsche Bundesjugendring und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) der DDR eine Vereinbarung über den Austausch von Jugendgruppen 1982 geschlossen hatten, kam der gegenseitige innerdeutsche Jugendaustausch erst in Gang. Informationsfahrten und Begegnungsfahrten wurden vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gefördert und die Länder unterstützen Fahrten von Schüler-, Jugend- und Studentengruppen. 1988 fuhren rund 74000 Jugendliche in die DDR und es kamen 187 Jugendgruppen aus der DDR mit mehr als 5500 Teilnehmern.²²⁶

b) Zur humanitären Frage

Die Bundesregierung unternahm intensive Anstrengungen, um die humanitären Fragen zu regeln. Unter anderem stand die Familienzusammenführung im Mittelpunkt. Im Rahmen der Familienzusammenführung erhielten von 1961 bis Ende 1988 mehr als 555 000 Menschen die Ausreisegenehmigung von den Behörden der DDR. Dazu gehörten bis 1975 meistens die Rentner. Die Familienzusammenführung bei den Personen unterhalb

²²⁴ Auf Drängen der Bundesregierung wurde das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin am 3. September 1971 unterzeichnet, wobei die Sowjetunion akzeptierte, dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden sollte, und stellte fest, dass der Berlin-Verkehr ohne Behinderungen sein soll. Nach dem Abkommen sollten die konkreten Regelungen im Zusammenhang mit dem zivilen Verkehr zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland von den zuständigen deutschen Behörden vereinbart werden. Damit begannen die intensiven Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Regelung des Transitverkehrs zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet. Am 30. September 1971 unterzeichneten die beiden Seiten ein Protokoll, in dem West-Berlin betreffende Regelungen enthalten waren. Zugleich verhandelten der Senat von Berlin und die Regierung der DDR über die Besucherregelung für Bewohner von West-Berlin und einen Gebietaustausch. Das Transitabkommen wurde am 20. Dezember 1971 unterzeichnet.

²²⁵ Ebd., S. 53.

²²⁶ Vgl. Weidenfeld / Korte (1996), S. 379.

halb des Rentenalters wurde offiziell erst nach einer Verordnung möglich, die die DDR 1983 erließ. Die Bundesregierung bemühte sich nicht nur um die Übersiedlung der Familien, die seit der Teilung Deutschlands getrennt lebten, sondern auch um die Übersiedlung der DDR-Bewohner, die freiwillig ausreisen wollten. Für die Personen, die schließlich ausreisen durften, bot die Bundesregierung der DDR eine Gegenleistung in Form einer Warenlieferung an. Über diesen Weg konnten bis 1989 rund 250 000 Menschen in die Bundesrepublik einwandern.

Die Bundesregierung war besonders bemüht, die politischen Häftlinge in der DDR freizukaufen. Seit 1963 verhandelte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, später umgenannt für innerdeutsche Beziehungen, mit der DDR über die vorzeitige Entlassung aus der Haft in der DDR und die Genehmigung ihrer Ausreise in die Bundesrepublik. Dabei erhielt die DDR die materiellen Leistungen als Gegenleistung wie im Fall der Familienzusammenführung. Zwischen 1963 und 1989 wurden insgesamt 31 775 politische Häftlinge aus der DDR freigekauft, was vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen geleitet und finanziert wurde.

c) Post- und Fernmeldeverkehr

Ein weiterer bedeutender Teil der innerdeutschen Beziehungen war der Post- und Fernmeldeverkehr, der seit der Teilung Deutschlands ununterbrochen geblieben war, während er auf der koreanischen Halbinsel bis heute fast unmöglich ist. Die Bundesregierung wickelte den Post- und Telefonverkehr als Inlandverkehr mit Inlandtarif ab, während die DDR seit 1971 den Post- und Fernmeldeverkehr als Auslandverkehr behandelte.²²⁷ Aber die Abwicklung des Post- und Fernmeldeverkehrs zwischen den beiden Teilen Deutschlands verlief nicht ganz reibungslos. Die DDR erließ die „Verordnung über den Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland“. Seitdem wurde die Kontrolle der Päckchen und Paketen in der DDR immer strenger und verlängerte sich auch die Laufzeiten für Briefsendung, Päckchen und Pakete in ungewöhnlichem Maße.²²⁸ Auch der Telefonverkehr war durch die Behörden der DDR erheblich eingeschränkt. Von 1952 bis 1972 war der Telefonverkehr zwischen Ost- und Westberlin ganz unterbrochen. Ein erstes Übereinkommen

²²⁷ Weidenfeld / Korte (1996), S. 379.

²²⁸ Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): a. a. O., S. 26.

kam am 29. April 1970 mit dem Abschluss einer „Vereinbarung über die Berechnung und Verrechnung der im Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gegenseitig erbrachten Leistungen“²²⁹. Die Vereinbarung sah eine konkrete Verbesserung vor. Die DDR nahm wieder die seit 1952 unterbrochene Telefonverbindung innerhalb Berlins auf. Nach der Realisierung der ersten Fortschritte konnte schon am 30. September 1971 ein Protokoll²³⁰ unterzeichnet werden. Aus dem Grundlagenvertrag folgend wurden die Verhandlungen über das Postabkommen aufgenommen und führten nach zahlreichen Verhandlungsrunden zum Abschluss des Abkommens auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens und dreier Verwaltungsabkommen über den Postverkehr, über den Fernmeldeverkehr und über die Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit. Das Postabkommen²³¹, nun eine umfassende vertragliche Regelung, wurde am 30. März 1976 in Bonn unterzeichnet und ist am 1. Juli 1976 in Kraft getreten.²³² Für ihre Mehrleistungen gegenüber der Deutschen Bundespost (einschließlich der Landespostdirektion Berlin) wurde der Deutschen Post der DDR eine jährliche Postpauschale von 30 Mill. DM zugesagt, die auf zuletzt 200 Mill. DM stieg.²³³

d) Weitere Zusammenarbeit und Abkommen

Außerdem wurden Zusammenarbeit und Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten in verschiedenen anderen Bereichen entwickelt und gefördert. Ganz wesentlich zum Zusammenhalt der Menschen in Deutschland trugen die direkten Berichte der westdeutschen und West-Berliner Korrespondenten aus der DDR oder Ost-Berlin bei. Während die DDR-Journalisten seit den 50er Jahren die Arbeitsmöglichkeit unter denselben Bedingungen wie andere Journalisten in der Bundesrepublik und West-Berlin hatten, gab es bis 1972 keine geregelte Berichterstattung westdeutscher Journalisten aus Ost-Berlin und der DDR. Im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag waren wichtige Rege-

²²⁹ Für die Text siehe ebd., S. 89 (Dok. 10).

²³⁰ „Protokoll über Verhandlungen zwischen einer Delegation des Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland und einer Delegation des Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik“, hierzu siehe ebd., S. 117-118 (Dok. 26).

²³¹ Das „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (mit Verwaltungsabkommen über den Fernmeldeverkehr, über die Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit und Protokollvermerken)“, hierzu siehe ebd., S. 244-250 (Dok. 110).

²³² Ebd., S.27 ff.

²³³ Vgl. Weidenfeld / Korte (1996), S. 379.

lungen im Bereich der Presse- und des Rundfunks und des Fernsehens schon vor dem Abschluss des Grundlagenvertrages im November 1972 vereinbart worden.²³⁴ Seitdem wurde die Information der westdeutschen Medien über die DDR intensiver und vielfältiger. Damit konnten auch die DDR-Bewohner von den westlichen Korrespondenten, vor allem durch den westdeutschen Rundfunk und Fernsehen, Informationen über Ereignisse in der DDR erfahren, die die eigene Medien nicht brachten, was wesentlich dazu beitrug, die Informationslücken der DDR-Bürger zu schließen.²³⁵ Diese elektronische Kommunikationsbrücke bot der DDR-Bevölkerung die Gelegenheit, ihre Sichtweise zu erweitern und in den Kommentierungen westdeutsche Maßstäbe kennenlernen zu können und schuf darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung für die deutsche Einheit.²³⁶

Auch auf der Ebene des Sports und der Kultur gab es zur Zeit der Teilung vielfältige innerdeutsche Kontakte. Das letzte Mal vor der deutschen Vereinigung, traten die beiden deutsche Mannschaften bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko unter einer Fahne - fünf weiße Ring auf schwarz-rot-gelbem Untergrund - und einer Hymne - Beethovens „Ode an die Freude“ - an. Am 8. Mai 1974 wurde ein „Protokoll über die Regelung der Sportbeziehungen“²³⁷, das künftig der Grundlage des innerdeutschen Sportverkehrs diene, zwischen dem Deutschen Sportbund (DSB) und dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) der DDR unterzeichnet. Im Jahr 1987 fanden mehr als 100 Veranstaltungen statt. Unter anderem war das Kulturabkommen vom 6. Mai 1986 eines der erfreulichsten und produktivsten innerdeutschen Errungenschaften, weil es neben Musik, Theater, bildender Kunst, Literatur und Filmwesen, auch Bildung und Wissenschaft, Archiv und Bibliothekswesen, Museen und Denkmalspflege einschloss.²³⁸ Damit folgten nun jährlich 200 bis 350 Vorhaben. Anlässlich des Besuches von Staats- und Parteichef Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik erfolgten weitere Fortschritte und neue Entwicklungen in der innerdeutschen Beziehung. Am 8. September

²³⁴ Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, Erklärungen zu Protokoll im Zusammenhang mit diesem Briefwechsel und Erklärung beider Seiten über Ausdehnung der Vereinbarung über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten aus Berlin (West) bei der Paraphierung des Grundlagenvertrages vom 8. November 1972, hierzu siehe Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): a. a. O., S. 157-159 (Dok. 51).

²³⁵ Weidenfeld / Korte (1996), S. 382.

²³⁶ Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993, S. 369.

²³⁷ Hierzu siehe Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): a. a. O., S. 222 (Dok. 82).

²³⁸ Ebd., S. 358.

1987 wurde in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik, die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes unterzeichnet.

Das Abkommen schuf erstmals die Voraussetzungen für wissenschaftlich-technologische Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Institutionen der beiden Staaten in Deutschland.²³⁹ Die ost- und westdeutschen Universitäten schlossen Partnerschaftsverträge ab. Seit 1986 nahm auch die Zahl der Städtepartnerschaften zu. Bis 1989 waren 62 Städtepartnerschaften vereinbart worden.²⁴⁰

2.2.3 Der innerdeutsche Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ein wertvoller Hinweis, den die deutsche Einheit für die Wiedervereinigung Koreas gibt, ist die Notwendigkeit zum ununterbrochenen Austausch und umfassenden Kontakt. An erster Stelle innerdeutscher Wirtschaftsbeziehungen stand der Waren- und Dienstleistungsverkehr, d.h. der innerdeutsche Handel, der wichtigster, ältester und stabilster Bestandteil der gesamten innerdeutschen Beziehungen war.²⁴¹ In den Beschlüssen der „Potsdamer Konferenz“ einigten sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über das Grundprinzip, während der Besatzungszeit Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.²⁴² Auch im „Mindener Abkommen“²⁴³ von 1947 legalisierten sie den Handel zwischen den Besatzungszonen (Interzonenhandel). Am 8. Oktober 1949,

²³⁹ Ebd., S. 359.

²⁴⁰ Weidenfeld / Korte (1996), S. 380 ff.

²⁴¹ Vgl. Haendcke-Hoppe, Maria: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Legende und Wirklichkeit, in: Haendcke-Hoppe, Maria / Lieser-Triebnigg, Erika (Hrsg.): a. a. O., S. 134.

²⁴² Die „Großen Drei“, Truman, Churchill und Stalin, kamen in Potsdam zusammen, um die anstehenden Probleme in Europa zu lösen. Die Potsdamer Konferenz fand vom 17. Juli–2. August 1945 statt. Dabei stand Deutschland im Mittelpunkt der Verhandlungen: sie erzielten Vereinbarungen, darunter die Beschlüsse, Militarismus und Nazismus in Deutschland auszurotten, die deutsche Bevölkerung in ganz Deutschland gleich zu behandeln und während der Besatzungszeit Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.

Dazu siehe Protokoll der Potsdamer Konferenz, August 1945, in: US Department of State, Documents on Germany 1944-1985 Washington DC, Department of State 1985, S. 58.

²⁴³ Die USA und Großbritannien entschlossen sich – unter dem Druck der schlechten Versorgungslage und der zunehmenden Spannungen mit UdSSR – der wirtschaftlichen Gesundung ihrer Zonen den Vorrang einzuräumen. Beide Zonen wurden am 1. Januar 1947 wirtschaftlich zur sogenannten Bi-Zone zusammengelegt. Am 17. und 18. Januar wurde in Minden das erste umfassende Abkommen zwischen den Bi-Zone und der sowjetischen Besatzungszone abgeschlossen (Mindener Abkommen).

einen Tag nach der Gründung der DDR, hatten die Bundesrepublik und die DDR Wirtschaftsvereinbarungen²⁴⁴ geschlossen (Frankfurter Abkommen), die bereits die Grundprinzipien des „Berliner Abkommens“²⁴⁵ enthielten, der 1951 abgeschlossen und 1960 erneuert wurde. Im Berliner Abkommen wurde das Grundprinzip, dass der innerdeutsche Handel kein Außenhandel, sondern ein Inlandhandel sei, noch mal bestätigt. Außerdem enthielt es alle Regelungen, die den innerdeutschen Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig festlegten, und den Willen, den innerdeutschen Handel als Grundlage nationaler Vereinigungen dienen zu lassen.

Der innerdeutsche Handel erhielt seinen Sonderstatus auf der internationalen Ebene. Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels war beim Beitritt der Bundesrepublik zum „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT)“ im Jahr 1951 im Protokoll von Troguay sowie bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 in einem besonderen Protokoll²⁴⁶ festgeschrieben. Damit profitierte die DDR wirtschaftlich. Sie konnte weiter mit Bundesrepublik Deutschland Handel treiben und ihre Waren über die Bundesrepublik in Drittländern reexportieren, ohne als EG-Ausland EG-Außenzölle und Abschöpfungen bezahlen zu müssen. Nach dem Berliner Abkommen war der innerdeutsche Handel kontinuierlich gewachsen. Von etwa 272

²⁴⁴ Zu ihrem Kernpunkt gehörte die Übereinkunft, dass der innerdeutsche Handel – wie zuvor Interzonenhandel – innerdeutscher Handel blieb, Zölle also nicht erhoben wurden. Für die Text des Abkommens siehe Ehlermann, Claus-Dieter/ Kupper, Siegfried/ Lambrecht, Horst/ Ollig, Gerhard: Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen (Schriftenreihe Europäische Wirtschaft Band 76), Baden-Baden 1975, S. 275 ff.

²⁴⁵ Das „Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)“ wurde am 20. September 1951 zwischen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und dem damaligen Ministerium für Außenhandel und innerdeutscher Handel (später Ministerium für Außenhandel der DDR) abgeschlossen. Das Abkommen war die Rechtsgrundlage für die Abwicklung des innerdeutschen Handels und für die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten. Zu seinen Hauptpunkten gehören:
Zoll- und Abschöpfungsfreiheit; Strenge Bilateralität des Warenaustausches sowie die Verrechnung der Leistungen über Clearingkonten mit einem Swing.
Es hat in seiner modifizierten Fassung vom 16. August 1960 bis zur deutschen Einheit die Rahmenbedingungen für den Leistungsaustausch zwischen beiden Volkswirtschaften festgelegt. Für die Text des Abkommens siehe Ehlermann, Claus-Dieter / Kupper, Siegfried / Lambrecht, Horst / Ollig, Gerhard: a. a. O., S. 277 ff.

²⁴⁶ „Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen“. Das Protokoll war als Anhang dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 beigelegt. In Ziff. 1 heißt es:
„Da der Handel zwischen den Deutschen innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrages in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.“

Mill. DM im Jahr 1952 beginnend erreichte er Ende der 80er Jahren ein Volumen von rund 15 Mrd. DM (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklung im Innerdeutschen Handel 1949 – 1988
(Einschließlich Ost- und Westberlin)

Jahr	Umsatz in Mrd. DM	DDR-Lieferungen in Mrd. DM	DDR-Bezüge in Mrd. DM
1949	0,43	0,21	0,22
1950	0,80	0,41	0,39
1955	1,15	0,59	0,56
1960	2,08	1,12	0,96
1965	2,47	1,26	1,21
1970	4,41	2,00	2,41
1975	7,26	3,34	3,92
1980	10,87	5,58	5,29
1981	11,63	6,05	5,58
1982	13,02	6,64	6,38
1983	13,83	6,88	6,95
1984	14,15	7,74	6,41
1985	15,54	7,64	7,90
1986	14,29	6,84	7,45
1987	14,05	6,65	7,40
1988	14,02	6,79	7,23

Quellen: Haendcke-Hoppe, Maria: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Legende und Wirklichkeit, in: Haendcke-Hoppe, Maria / Lieser-Triebnigg, Erika (Hrsg.): a. a. O., S. 136.

Finanzielle Beziehungen – meistens zugunsten der DDR – spielten neben dem Warenverkehr in wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten noch eine wichtige Rolle. Zum permanenten Saldenausgleich im Abrechnungsverkehr beim innerdeutschen Handel stand der DDR ein sog. Überziehungskredit (Swing), der einseitig von der DDR in Anspruch genommen wurde, zur Verfügung. Damit konnte sie praktisch einen zinslosen Kredit haben. 1967 wurde die Dynamisierung des Swings bis 1975 vorgenommen, um den innerdeutschen Handel auszuweiten. Die Höhe des Swings wurde am Anfang

des Jahres auf 25 % der Zahlungen für die vorjährige Leistung festgesetzt. Ab 1976 wurde sie nach den in Abständen von fünf Jahren getroffenen Swingsabmachungen bestimmt. Bis 1990 war der Swing jährlich auf 850 Millionen VE vereinbart.²⁴⁷

Im Zusammenhang mit den Finanzbeziehungen ging es auch um einseitige finanzielle Transfers aus der Bundesrepublik, die sich aus den Folgeverträgen des Berliner Vier-Mächte-Abkommens von 1971 ergaben und seit 1971 ständig zugenommen hatten. Dazu gehörten Zahlungen aus öffentlichen Haushalten wie die Transitpauschale und übrige Einnahme wie aus dem Zwangsumtausch. Aus öffentlichen Haushalten flossen der DDR jährlich rund 1 Mrd. DM zu, deren größten Teil die Transitpauschale zu Benutzung der Autobahnen zwischen West-Berlin und den Bundesgebieten ausmachte. In den Jahren 1980-1990 betrug dieser jährlich durchschnittlich 575 Mill. DM.²⁴⁸

Während die DDR im Grund nur aus wirtschaftlichen Gründen den innerdeutschen Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen förderte, stand für die Bundesrepublik viel mehr ein politisches Motiv im Vordergrund, eine Verbindung zwischen beiden deutschen Staaten zu bewahren und den freien Zugang nach Berlin (West) zu sichern. Ferner sollte dazu beigetragen werden, den Lebensstandard der DDR-Bürger zu verbessern und nationale Identität zu erhalten, wenngleich der innerdeutsche Handel bzw. die wirtschaftlichen Beziehungen für die Bundesrepublik wirtschaftlich sehr wenig Bedeutung hatte.²⁴⁹ In der Tat waren diese „nach der sich ständig vertiefenden Spaltung eines der wesentlichen Bindeglieder zwischen den beiden Teilen Deutschlands“²⁵⁰.

Zwar entwickelten sich die wirtschaftlichen Beziehungen in verschiedenen Formen, aber sie wurden meistens inhaltlich in einer Form gefördert, indem die Bundesrepublik der DDR wirtschaftliche Vorteile verschaffte. Der innerdeutsche Handel war für die DDR ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Handel mit Bundesrepublik hatte einen Anteil von rund zehn Prozent am gesamten Außenhandel der DDR. Die Bundesrepublik

²⁴⁷ Haendcke-Hoppe, Maria: a. a. O., S. 130 ff.; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): a. a. O., S. 21.

²⁴⁸ Haendcke-Hoppe, Maria: a. a. O., S. 132.

²⁴⁹ Nawrocki, Joachim: Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland, Berlin 1988, S. 80.

²⁵⁰ Weidenfeld / Korte (1996), S. 376.

war nach der Sowjetunion der zweitgrößte Handelspartner für die DDR.²⁵¹ Zum Beispiel hatte die DDR im Jahr 1987 folgende Einnahme (West-Mark) aus der Bundesrepublik: 525 Mill. DM für Transitgebühren, deren Pauschale von 1990 an auf 860 Millionen DM erhöht wurde, darin sind dann natürlich 60 Millionen für Baumaßnahmen enthalten; 200 Mill. DM für den Postgebührenaussgleich; 50 Mill. DM für die Benutzung von DDR-Straße; 6,4 Mill. DM als Erstattung für Visagebühren; 12 Mill. DM Einreisegenehmigungsgbühren für West-Berliner; 11,2 Mill. DM für den Transit von Berlin bei Fahrten in dritte Länder; 4,1 Mill. DM für den Fernmeldetransit; 8,8 Mill. DM für den Bau einer Glasfaserstrecke und 3, 4 Mill. DM für deren Betrieb; ferner 42,5 Mill. DM an Visagebühren.²⁵²

2.3 Kosten der deutschen Einheit

Wenn die Kosten der deutschen Einheit zur Diskussion stehen, tritt der finanzielle Transfer von West nach Ost für den wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands immer in den Vordergrund. Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Einheit sah man anfänglich die deutsche Einheit zu optimistisch. Das Vertrauen auf die westdeutsche Wirtschaft, die sich in diesem Zeitpunkt im internationalen Vergleich in einem hervorragenden Zustand befand, trug zu der überoptimistischen Einschätzung bei.²⁵³ Anfang 1990, vor der Vereinigung, rechnete man mit etwa einer Billion DM zur Finanzierung der deutschen Einheit. Aber angesichts der Realität nach der Vereinigung wurde bald festgestellt, dass ihr Ausmaß mehr als das Doppelte der anfänglichen Einschätzung betragen würde. Vor der Bundestagswahl 1990 erklärte die Bundesregierung, dass die Finanzierung der Einheit ohne Steuererhöhung möglich sein könnte. Aber sie musste ein Jahr später ihre Haltung korrigieren und einen Solidaritätszuschlag auf das Einkommen erheben.²⁵⁴

Zwischen 1991 und 1998 flossen aus dem Bund, den westdeutschen Ländern und Gemeinden sowie der Renten- und Sozialversicherung und der Europäischen Union insge-

²⁵¹ Nawrocki Joachim: a. a. O., S. 80.

²⁵² Ebd., S. 62 ff.

²⁵³ Weidenfeld / Korte (1999), S. 369.

²⁵⁴ Grünbaum, Robert: a. a. O., S. 145.

samt etwa 1,3 Billionen DM nach Ostdeutschland. Das bedeutet, dass sich die Finanzhilfen in den Osten durchschnittlich auf 170 Mrd. DM brutto und 130 Mrd. DM netto jährlich belaufen. Pro Jahr entsprechen diese Nettotransferleistungen etwa vier bzw. fünf Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP), diese sind fast fünfundfünfzig Prozent des ostdeutschen BIP (siehe Tabelle 2).²⁵⁵

Tabelle 2: Öffentliche Transfers in den Osten (in Mrd. DM)

Bruttotransfers	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bundeshaushalt	75	88	114	114	135	138	131	139
Fonds,,Deutsche Einheit	31	24	15	5	-	-	-	-
Europäische Union	4	5	5	6	7	7	7	7
Renten Versicherung	-	5	9	12	17	19	18	18
Bundesanstalt für Arbeit	25	38	38	28	23	26	26	28
Länder und Gemeinde West	5	5	10	14	10	11	11	11
Gesamt	139	151	167	169	185	187	183	189
Rückflüsse								
Steuermehreinnahmen Bund	31	35	37	41	43	45	45	46
Verwaltungsmehreinnahmen	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamt	33	37	39	43	45	47	47	48
Nettotransfers	106	114	128	126	140	140	136	141

Quelle: Bundesministerium für Finanzen, in: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 1998, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10823, Bonn 1998, S. 141.

Aber aufgrund ihre Abgrenzungsprobleme ist es kaum möglich, die Kosten deutscher Einheit genau zu berechnen, obwohl die Rechnungen jährlich aufgestellt werden, wie viel finanzielle Unterstützung vom Westen in den Osten aufgebracht wurde.²⁵⁶ Denn im

²⁵⁵ Ebd., S. 146.

²⁵⁶ Ebd.

Begriff „Kosten der Einheit“ sind alle materiellen und immateriellen und direkten und indirekten Kosten für die deutsche Einheit enthalten. Dazu zählen z. B. 15 Mrd. DM für den Truppenabzug der Sowjetunion, die die Bundesregierung zugesagt hat, und auch die ersparten Kosten der Teilung wie große Teile der Berlinhilfe. Die finanziellen Folgen der Währungsunion sind noch ein anderes Beispiel. „Die Währungsumstellung selbst sowie der dadurch ausgelöste Inflationsprozess haben einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der vom Staat aufzubringenden Kosten der deutschen Wiedervereinigung geleistet.“²⁵⁷

Über das Ausmaß der Kosten der deutschen Einheit sind die Experten verschiedener Meinung, da eine genaue Abgrenzung über die Finanzierung der Einheit nicht einfach ist. Jedoch war es klar, dass ihr Ausmaß viel größer als erwartet sein würde.

2.4 Die deutsche Einheit in Hinblick auf die Wiedervereinigungsfrage Koreas

2.4.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Deutschland und Korea waren beide seit fast vier Jahrzehnten geteilt und als Schauplatz des Ost-West-Konfliktes unter dem Zeichen des Kalten Krieges. Aus diesem gemeinsamen Schicksal schienen die beiden Länder viel gemeinsam zu haben. Aber wenn man die Nachkriegsentwicklung in Deutschland und auf der koreanischen Halbinsel hinsichtlich der Überwindung der Teilung und der Einheit der Nation genauer betrachtet, gibt es keinen Zweifel darüber, dass es viele Unterschiede zwischen Deutschland und Korea gibt. Diese werden durch die politischen Umstände oder den politischen Verlauf im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsfrage deutlicher.²⁵⁸

Deutschland und Korea wurden als Ergebnis des Zweiten Krieges geteilt. Aber in Korea waren die Umstände ganz anders als in Deutschland. Während Deutschland der Urheber

²⁵⁷ Weidenfeld / Korte (1999), S. 371; Franke, Hans-Hermann / Nitsch, Harald.: Der Beitrag der Währungsumstellung zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: Oberhauser, Alois (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit IV. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 229/IV, Berlin 1996, S. 37-67.

²⁵⁸ Schulz, Eberhard: Die deutsche Frage und die Nachbarn im Osten, Beiträge zu einer Politik der Verständigung, München / Oldenburg 1989, S. 35.

des Zweiten Weltkrieges und auch der Hauptgegner der Alliierten war, war Korea selbst dem japanischen Imperialismus zum Opfer gefallen und kein Gegner der Siegermächte. Sein politisches und militärisches Potential konnte keine Bedrohung gegenüber seinen Nachbarn darstellen. Dennoch wurde Korea erneut ein Objekt fremder Mächte und entgegen dem Willen koreanischen Bevölkerung geteilt.²⁵⁹

Die deutschen erlebten nach der Teilung keinen Krieg. Somit waren die dem Krieg folgenden Konflikte zwischen beiden deutschen Staaten nicht vorhanden. Im Gegensatz dazu haben die beiden koreanischen Staaten einen bitteren Bürgerkrieg von 1950-53 mit einigen Millionen Opfern geführt, bis es zum Waffenstillstand kam, der bis heute immer noch gilt. Zehn Millionen Koreaner leben bis heute von ihren Familien und Verwandten, im Süden und im Norden, getrennt. Seither sind die Beziehungen zwischen beiden Seiten durch Konfrontation und Feindschaft geprägt. Hierbei sieht man einen wichtigen Unterschied.²⁶⁰

Nordkorea konnte schon früh „durch geschicktes Manövrieren zwischen Moskau und Peking ein hohes Maß an politischer und ökonomischer Unabhängigkeit erlangen und bewahren“, während die DDR politisch und wirtschaftlich von der ehemaligen Sowjetunion eher abhängig war, was bedeutete, dass die sowjetische Entscheidung bzw. Politik für das Bestehen der DDR eine entscheidende Rolle spielte. Das ist ein Grund dafür, dass keine ähnliche Entwicklung wie in Osteuropa auf der koreanischen Halbinsel erfolgte.²⁶¹

Die Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea sind seit der Teilung von Misstrauen und der Konfrontation geprägt, während der Austausch und der Kontakt zwischen Ost- und Westdeutschland ununterbrochen fortgesetzt werden konnten. Zwischen beiden deutschen Staaten gab es nicht nur den Briefwechsel, gegenseitigen Besuch und den Handel sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch umfassende und fortdauernde Zusammenarbeit, wie Partnerschaft zwischen den Städten, den Austausch auf der Ebene des Sports und der Kultur, die Zusammenarbeit auf der Ebene von Zeitung und

²⁵⁹ Ebd., S. 36.

²⁶⁰ Kreft, Heinrich: Lösung der offenen koreanischen Frage nach deutschem Vorbild?, in: Außenpolitik I/98, S. 56.

²⁶¹ Ebd.

Rundfunk sowie der Verkehr und die Studentenaustausche usw. In dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten, der 1972 in Folge der Ostpolitik Willy Brandts abgeschlossen wurde, wurde schon der Austausch der ständigen Vertretung, die UNO-Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten, die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung auf internationaler Ebene, die Erweiterung von Handel und Austausch und der gegenseitige Nichtangriff usw. vereinbart. Dadurch wurde ein Meilenstein für die Verbesserung innerdeutscher Beziehungen aufgestellt. Seither wurde in der Bundesrepublik die Förderung des Austausches auf der praktischen und humanitären Ebene, um eine Erleichterung für die Menschen im gespaltenen Deutschland zu erreichen, vordergründlich in der Politik behandelt. Mit dem Austausch in den Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Verkehr wurde die Zusammenarbeiten gefördert auf den Ebenen von Post, Kommunikation, Medizin, Kultur, Sport, Umweltschutz usw. Selbst vor dem Grundlagenvertrag waren nicht nur Telefonverkehr oder Briefwechsel, sondern auch Menschenverkehr zwischen den beiden deutschen Seiten trotz der Schwierigkeiten nicht völlig unterbrochen. Zudem war die Stadt Berlin vorhanden, die für den Kontakt und den Austausch zwischen beiden Seiten eine wichtige Rolle spielte.

Zwar machten die Beziehungen zwischen beiden koreanischen Staaten seit dem Auftritt der Regierung Kim Dae-Jung in Südkorea und dem Gipfeltreffen zwischen beiden Seiten große Fortschritte, aber Kontakte aller Art einschließlich Handel zwischen Süd und Nord sind immer noch in hohem Maße eingeschränkt.

Man sieht auch im Hinblick auf die strukturellen Faktoren wie der Einwohnerzahl und die wirtschaftliche Kraft einen großen Unterschied zwischen Deutschland und Korea. Die ehemalige DDR hatte 1989 etwa 16 Mill. Einwohner, die rund 20 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung (rund 25 Prozent der westdeutschen) entsprach. Demgegenüber zählt die nordkoreanische Bevölkerung heute etwa 24 Mill., die ungefähr 34 Prozent der gesamten koreanischen Bevölkerung (rund 50 Prozent der südkoreanischen) ausmachen. Auch im Hinblick auf die Wirtschaftskraft wird der Unterschied zwischen Deutschland und Korea deutlich. Die DDR war eine von den reichsten Ländern wenigstens im Block der osteuropäischen Staaten und genoss einen relativ hohen Wohlstand bis zum Ende der 80er Jahren.

Tabelle 3: Wirtschaftsindikatoren – Süd- und Nordkorea (1995/96) im Vergleich zu West- und Ostdeutschland (1989)²⁶²

	Südkorea	Nordkorea	Relation Süd / Nord	D (West)	D (Ost)	Relation West / Ost
Bevölkerung in Mio.	44,9	3,9	1,9	62,1	16,6	3,8
BSP in Mrd. US-\$	451,7	22,3	20,3	1207	96	12,6
Pro-Kopf-Einkommen in US-\$	10067	957	10,5	19283	5840	3,3
Wirtschaftswachstum in % p.a. 1990-1995	+7,6	-4,5				
Staatsausgaben in Mrd. US-\$ (in % des BSP)	97,1 (21,5)	19 (85)	5,1	547,7 (45,5)	61,8 (64,4)	8,9
Verteidigungsausgaben in Mrd. US-\$ (in % des BSP) pro Kopf in US-\$	14,4 (3,2) 318	5,2 (23) 218	2,8 1,5	28,5 (2,4) 459	11,2 (11,6) 675	2,6 0,7
Aussenhandel in Mrd. US-\$ (in % des BSP)	260,2 (57,6)	2,05 (9,2)	126,9	611,1 (50,6)	47,0 (49)	13,0
- Güterexporte in Mrd. US-\$	125,1	0,74	167	341,3	23,7	14,4
- Güterimporte in Mrd. US-\$	135,1	1,31	103	269,8	23,3	11,5
Auslandsverschuldung in Mrd. US-\$ (in % des BSP)	79 (17,5)	11,8 (53)	6,6	106,7 (8,8)	22 (23)	4,9

Quelle: Ministerium für Nationale Wiedervereinigung, Nationale Bank Koreas; Statistisches Bundesamt

Die nordkoreanische Wirtschaft hingegen steht heute am Rande des Abgrundes. Die Misswirtschaft und Flutkatastrophen haben das Land ruiniert. Der Unterschied der Wirtschaftskraft zwischen dem Süden und dem Norden Koreas ist sehr viel größer als der zwischen den beiden deutschen Staaten. Die BRD war vor der Vereinigung eine der reichsten Länder der Welt. Aber die südkoreanische Wirtschaftskraft ist anders als die

²⁶² Zitiert nach Kreft, Heinrich: Lösung der offenen koreanischen Frage nach deutschem Vorbild?, in Außenpolitik 1/98, S. 58.

BRD nicht ausreichend für den Zusammenschluss mit Nordkorea. Die Wirtschaftskraft der BRD konnte relativ problemlos die enormen Vereinigungskosten aufnehmen. Trotzdem erlitt Deutschland nach der Vereinigung wegen des Finanzierungsproblems der Einheitskosten große Schwierigkeit. Dieser Punkt bildet einen Ausgangspunkt der gegenwärtigen Politik Südkoreas gegenüber Nordkorea bzw. der südkoreanischen Wiedervereinigungspolitik.

2.4.2 Kontroverse Diskussionen über den Weg der Wiedervereinigung Koreas

Seit Ende der 80er Jahren entwickelte sich die Debatte über die Wiedervereinigung in koreanischer Gesellschaft grundsätzlich in folgende drei Kategorien, wobei die deutsche Einheit als Anhaltspunkt diente:

- 1) Die Frage über die Rezeption deutschen Weges: die affirmative Position und die negative Position;
 - 2) Zeit der Wiedervereinigung: die schnelle Wiedervereinigung und die allmähliche und stufenweise Wiedervereinigung;
 - 3) Richtung der Politik gegenüber Nordkorea: die Eindämmungspolitik und die Kooperationspolitik.
- i) Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild

Während in der südkoreanischen Gesellschaft die antikommunistischen konservativen Kräfte für die Aufnahme der Wiedervereinigung nach deutschem Muster sind, sind die progressiven Kräfte dagegen. Die ersteren legen viel Wert auf die Ähnlichkeit der deutschen mit der koreanischen Situation und bestehen darauf, dass die Wiedervereinigung nach deutscher Muster eine wünschenswerte Wiedervereinigung Koreas sei, so dass Südkorea wie im Fall Deutschlands Nordkorea absorbiert. Dagegen betonen die letzteren, dass im Hinblick auf gegenwärtige koreanische Situation die Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild nicht geeignet ist. Sie weisen auf die Unterschiede zwischen Deutschland und Korea hin und machen auf die Nachwirkungen und die enormen Wie-

dervereinigungskosten der deutschen Einheit aufmerksam. Folglich kann und darf Südkorea im Augenblick die Wiedervereinigung durch die Absorbierung Nordkoreas nicht erreichen.

Die Realisierung der Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild stellt das Ende des nordkoreanischen Systems und zugleich die Absorbierung Nordkoreas durch Südkorea dar. Aber unter der Berücksichtigung der innerkoreanischen Beziehungen ist es schwer, das Wiedervereinigungsmodell öffentlich zu behaupten. Das Modell wird offiziell von der südkoreanischen Regierung abgelehnt.

ii) Die schnelle Wiedervereinigung und die allmähliche Wiedervereinigung

Bezüglich der Zeit der Wiedervereinigung sowie des Tempos des Prozesses zur Wiedervereinigung gab es zwei einander widersprechenden Positionen. Die Befürworter für die schnelle Wiedervereinigung meinen, dass je früher sie kommt, desto besser, um den Schaden durch die Teilung des Landes so bald wie möglich zu vermindern und die Vorteile durch die Wiedervereinigung zu vergrößern. Weil vor allem die Teilung eine Auseinandersetzung und Konflikt innerhalb der Nation darstellt, sollte man sie schnell zu Ende bringen. Und angesichts intensivierenden internationalen Wettbewerbs sei die möglichst baldige Bildung eines Nationalstaats notwendig.

Die Position, die die schrittweise Wiedervereinigung betont, ist gegen die schnelle Wiedervereinigung aus dem Grund, dass Korea(Südkorea) gegenwärtig nicht in der Lage sei, einen vereinigten Staaten zu übernehmen und die rasche Wiedervereinigung umgekehrt eine Unordnung in Korea verursachen würde. Die Linke unter dieser Position sieht den Kernpunkt an der Stelle, dass die Wiedervereinigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung durch den Dialog zwischen beiden Koreas gefördert werden sollte. Somit sollte man Nordkorea unterstützen und dadurch wirtschaftlich auf fast gleicher Höhe mit Südkorea heben. Danach könnte eine Wiedervereinigung erst möglich sein. Hingegen legt die Rechte großen Wert, dass die Verwirklichung der Wiedervereinigung nach deutschem Muster in Hinsicht auf viele Aspekte zweifelhaft sei und Korea noch nicht in der Lage sei, die Kosten der Wiedervereinigung zu übernehmen.

Wie die Position für die Wiedervereinigung nach deutschem Muster setzt auch die Position für die schnelle Wiedervereinigung den Zusammenbruch Nordkoreas und die Absorption Nordkoreas durch Südkorea voraus.

iii) Eindämmungspolitik und Kooperationspolitik

In Südkorea befürworten die konservativen Kräfte eine starke Politik gegenüber Nordkorea, während die Progressiven die Zusammenarbeit und Koexistenz mit Nordkorea unterstützen. Die konservativen Kräfte betonen, dass in gegenwärtiger Situation ein vernünftiger Dialog mit der jetzigen nordkoreanischen Führung unmöglich und die Veränderung Nordkoreas in absehbarer Zeit kaum vorstellbar ist. Weil Südkorea heutzutage auf einer sehr überlegenen und vorteilhaften Position gegenüber Nordkorea steht, während im Hinblick auf die innere Situation oder die äußere Bedingungen Nordkorea in einer schlimmsten Lage sei, sollte Südkorea diese Gelegenheit ergreifen und für sich nützlich machen. Sie sehen Nordkorea als einen schwer Kranken vor dem Tod an. Folglich soll Nordkorea eher zusammenbrechen als wieder belebt werden, wenn man durch den Druck oder die Eindämmung eine starke Politik gegenüber Nordkorea treibt.

Die Befürworter für die Kooperationspolitik mit Nordkorea weisen darauf hin, dass Süd- und Nordkorea eine Nation sei. Folglich sollte Südkorea auf der Ebene einer Bruderliebe Nordkorea helfen. Wenn das nordkoreanische Regime in Klemme steckt, könnte es umgekehrt mit den Massenvernichtungswaffen den Krieg anfangen, der für die ganze Nation eine katastrophale Folge hat. Wenn aus diesem Grund Südkorea gegenwärtig Nordkorea für die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeit und die Erleichterung der Lebensbedingung nordkoreanischer Bevölkerung hilft, kann die Wiedervereinigung erleichtert werden und würde weniger Kosten erfordern.

2.4.3 Lehre aus den deutschen Erfahrungen

Die Deutschen feierten ihre Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Die deutsche Einheit war ein großes Ereignis in zwanzigsten Jahrhundert. Auf der internen Ebene war sie die Folge der dauernden und mühsamen Bemühungen westdeutscher Regierungen um

die Wiedervereinigung und des mutigen Widerstandes ostdeutscher Bürger. Auf der externen Ebene konnte sie infolge der Reformpolitik Gorbatschows und der dadurch revolutionären Veränderung in den osteuropäischen Ländern erreicht werden.

Welche Lektionen kann Korea aus den deutschen Erfahrungen ziehen? Diese Frage stellt sich häufig bei der Diskussion und Studie über die koreanische Wiedervereinigung. Zwar war die deutsche Einheit auch ein Absorbierungsmodell, aber anders als Vietnam und Jemen ist sie ein gutes Beispiel der friedlichen Wiedervereinigung unter günstigen Umständen.²⁶³ Im Hinblick auf die koreanische Halbinsel demonstrierte sie, dass die Wiederherstellung der Vereinigung eines Landes auch nach einer langzeitigen Teilung möglich ist und die Wiedervereinigung auf einem demokratischen und friedlichen Weg erreicht werden kann. Manche sprechen von einem Glücksfall der deutschen Einheit. Das ist teilweise richtig. Die damals günstige Situation in der Weltpolitik spielte eine große Rolle beim deutschen Einheitsprozess. Aber die deutsche Einheit kam nicht über Nacht. Sie war eine Folge der langjährigen Bemühungen der westdeutschen Regierungen und Bevölkerung. Westdeutschland bereitete den Boden zur gegenseitigen Koexistenz und Entspannung, indem es konsequent die Ostpolitik vorantrieb, was als „Wandel durch Annäherung“ kurz ausgedrückt werden kann. Trotz verschiedener Schwierigkeiten und Einschränkungen betrieb die westdeutsche Regierung mit Geduld und beharrlichem Bemühen die Politik für Austausch und Zusammenarbeit sowie Aussöhnung zwischen beiden deutschen Staaten. Durch einen solchen andauernden Austausch und Zusammenarbeit konnte sie die Zweifel und das Misstrauen ostdeutscher Bevölkerung gegenüber Westdeutschland abbauen und den ideologischen Antagonismus lindern. Dazu dienten noch Krisenmanagement und internationale Diplomatie. Indem die westdeutsche Regierung auf die unerwartete politische Situation in der DDR von 1989 vernünftig und auf ruhige Weise reagierte und diese schwierige Lage gut handhabte, konnte sie eine Wiedervereinigung auf dem souveränen und friedlichen Weg erreichen. Zudem löste sie durch die ernstlichen und ehrlichen Bemühungen die Angst der Nachbarländer vor der deutschen Einheit auf und führte eine aktive und erfolgreiche Diplomatie durch, um das Verständnis und die Unterstützung von der damaligen Sowjetunion einschließlich osteuropäischen kommunistischen Blocks zu erlangen.

²⁶³ Pfennig, Werner: Merits and Flaws of Comparative Approaches, in: Pfennig, Werner (Ed.): a. a. O., S. 12

Aber die Entwicklungen nach der deutschen Einheit, unter anderen im Ostdeutschland, zeigt, wie schwierig die Integration beider Gesellschaften und der Aufbau im Ostdeutschland nach der deutschen Einheit sind. Hohe Arbeitslosigkeit, sinkendes Rentenniveau und fortdauernde Abwanderung im Ostdeutschland sind eine traurige Bilanz der bisherigen Politik zum Aufbau Ostdeutschlands, obwohl über 1250 Milliarde Euro in den 13 Jahren nach der Einheit in die neuen Länder geflossen waren. Anfangs hatte die Bevölkerung in Ostdeutschland wirklich an eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft geglaubt. Aber ihre Illusionen wurden längst zerstört. Von etwa 16 Mill. Einwohner im Osten arbeiten nur etwa 30-40 Prozent. Die Arbeitslosigkeit erreicht in den neuen Ländern durchschnittlich 20 Prozent.²⁶⁴ Wegen der Wirtschaftskrise ziehen viele, vor allem junge Leute fort. Es droht eine dramatische Überalterung der Gesellschaft und damit fehlt im Ostdeutschland schon qualifizierte Nachwuchs. Auf anderer Seite musste der Westen für die Kosten der Einheit jährlich vier Prozent seines Bruttoinlandsprodukts wegnehmen. Der ungebrochene West-Ost-Transfer und andere Folgen der deutschen Einheit verursachten die heutige Wachstumsschwäche direkt oder indirekt. Im Hinblick auf die Wirtschaftskraft war Westdeutschland viel stärker und reicher als Südkorea. Zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland gab es keinen Krieg, sondern viel Austausch und Zusammenarbeit bis zur Einheit. Die Tatsache, dass Deutschland nach der Einheit trotzdem viele Schwierigkeiten hat, ist auch für die koreanische Wiedervereinigungsfrage vom tiefen Sinne.

Aus diesen deutschen Erfahrungen kann man weiter folgendes im Zusammenhang mit koreanischer Wiedervereinigungsfrage zusammenfassen:

- Trotz vieler Differenzen ist die Normalisierung der Beziehungen eine unumgängliche Voraussetzung für die friedliche Wiedervereinigung.²⁶⁵
- Eine allmähliche und stufenweise Wiedervereinigung ist effektiver als eine schnelle Wiedervereinigung.²⁶⁶
- Die Kosten der Wiedervereinigung werden sehr viel höher als ursprünglich geschätzt.²⁶⁷

²⁶⁴ Erwerbstätigkeit im Osten im Jahr 2002: 5,740 Mill. (ohne Berlin-Ost), dazu siehe Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2003. Für Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 114.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Ebd., S. 17

- Eine Wiedervereinigung muss sorgfältig und mit Geduld vorbereitet werden.
- Damit ist die Wiedervereinigung ein langzeitiges Ziel. Trotzdem könnte die Wiedervereinigung unerwartet schnell kommen.²⁶⁸

Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

	Früheres Bundesgebiet (in Mill.)	Neue Länder und Berlin-Ost (in Mill.)
1988	61,450	16,666
1990	63,254	16,111 (am 3. 10 1990)
1992	64,865	15,730
1994	65,856	15,564
1996	66,444	15,451
1998	66,697	15,332
2000	67,018	15,169
2002	65,527 (ohne Berlin-West)	13,617 (ohne Berlin-Ost)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch. Für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003; <http://www.destatis.de>

²⁶⁸ Pfennig, Werner: Merits and Flaws of Comparative Approaches, in: Werner Pfennig (Ed.): United We Stand – Divided We Are. Comparative Views on Germany and Korea in the 1990s, Hamburg 1997, S. 15.

3 Die Wiedervereinigungsfrage Koreas

3.1 Transformationsprozess in Nordkorea

3.1.1 Veränderung in der Innenpolitik²⁶⁹

a) Politischer Bereich

Nachdem Kim Jong-Il nach dem Tod seines Vaters Kim Il-Sung als der Vorsitzende des Verteidigungskomitees die Macht übernommen hatte, wurde sein Regime trotz skeptischer Beobachtungen von außen bald stabilisiert. Auf der Basis dieser politischen Stabilität zeigte Nordkorea nun Zeichen der Änderung in seiner Innen- und Außenpolitik. Vor allem seit dem Amtsantritt der Regierung Kim Dae-Jungs in 1998 war die Änderung deutlicher, indem die verschiedenen gemeinsamen wirtschaftlichen Projekte einschließlich der Verbindung von Eisenbahnen und Straßen zwischen beiden Koreas gefördert wurden und so einen positiven Fortschritt in die innerkoreanischen Beziehungen machten. Nordkorea befindet sich in einem langsamen Wandel.

Zwar hält Nordkorea im Grunde noch an bisherige politische Ideologie und System fest, aber es nimmt im politischen Bereich allmählich die pragmatische Politik auf.

Seit seiner Machtübernahme forderte Kim Jong-Il immer „sozialistisches System unseres Stils“ und „Aufbau einer starken Nation“ und konzentrierte sich darauf, die innere Einheit unter seiner Führung zu verstärken, um den Schock des Todes Kim Il-Sungs und die Wirtschaftskrise sowie das ernste Nahrungsproblem zu überwinden. Auch indem das Regime Kim Jong-Il mit Slogan wie die „Army first Politik“ das Militär als die zentrale Kraft für die Revolution und den Aufbau des Landes hochwerte und mit vielen Privilegien in dem Vordergrund der Politik stellte, vergrößerte das Militär seinen Einfluss in den verschiedenen Bereichen. Zugleich betonte Kim Jong-Il durch die Kampagne wie „neues Denken“ den Bürgern die Notwendigkeit, die alten Gewohnheiten

²⁶⁹ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 37-41.

abzulegen und neues ökonomisches Bewusstsein zu haben. Rodong Sinmun (nordkoreanische staatliche Zeitung) hob im Neujahr-Leitartikel von 2001 hervor, „As we move into a new era, we should approach every problem we face and solve it from a new pointy of view (...).“

b) Ökonomischer Bereich

Nordkorea litt über die gesamten 90er Jahre hindurch unter der Misswirtschaft. Durch das dauernde Minuswachstum von 1990 bis 1998 war das Bruttosozialprodukt (BSP) in hohem Maße zurückgegangen. Der Prozentsatz der im Betrieb befindlichen Fabriken stand unter 30 Prozent. Hierbei spielte unter anderem der Energie- und Rohstoffmangel eine große Rolle. Dadurch war die Lebensqualität der nordkoreanischen Bevölkerung immer schlechter geworden. Darüber hinaus war das Nahrungsproblem durch die Überschwemmung Mitte der 90er Jahre so ernst, dass die Existenz des nordkoreanischen Regimes dadurch bedrohet werden könnte.

Darauf reagierte Nordkorea mit der Erweiterung der pragmatischen Politik. Das Regime Kim Jong-Ils konzentrierte sich darauf, eigene Bemühungen zur Wiederherstellung der Wirtschaft zu machen und die Hilfe von außen sicherzustellen. Als Ergebnis konnte sich die nordkoreanische Wirtschaft aus dem seit 1990 dauernden Minuswachstum herauskommen und seit 1999 das Pluswachstum in einer Folge (1999: 6,2 %, 2000: 1,3 %, 2001: 3,7 %) erreichen. 1998 revidierte Nordkorea seine sozialistische Verfassung. Dabei führte es die Konzepte von Produktionskosten, Preis und Rentabilität ein und übernahm ein neues System der Buchhaltungsunabhängigkeit (accounting independence) für einzelne Geschäfte. Im Jahr 2001 führte das Land verschiedene neue Gesetze ein, einschließlich Veredelungsverkehr-Gesetz (processing trade act), Schleusentorgesetz (floodgate act) und Urheberrecht (copyright act). In den folgenden Jahren verabschiedete es das Landplanungsgesetz (land planning law), um Kooperation mit ausländischen Ländern im Bereich der Erschließung des Landes (land development) zu erleichtern. Zusätzlich zu diesen institutionellen Reformen strebte Nordkorea auch nach der Zunahme der Produktion danach, in seinem Wirtschaftsführungssystem (economic management system) pragmatische Ideen einzuführen, die die Effizienz und Rentabilität hervorheben. Durch die Maßnahme zur Verbesserung der Wirtschaftsführung am 1. Juli

2002 ließ es mehr Autonomie für das Management einzelner Geschäfte, Lohn- und Preissteigerung und die Zahlung (discriminated payment) nach der Arbeitsleistung zu.

Zur Veränderung in seiner Außenwirtschaftspolitik zielte Nordkorea auf die Politik in der Richtung „offener Selbstversorgung“ (open self-support), die beschränkte Interaktion mit anderen Ländern erlaubte, um ausländische Währung zu erwerben und fortschrittliche Technik einzuführen. Das Land schickte seine Regierungsbeamten und ökonomischen Experten in Marktwirtschaftsländer wie China, Australien, die Vereinigten Staaten und Europäische Union einschließlich Südkorea, um fortschrittliche Techniken und kapitalistische Wirtschaftsführungen zu studieren. Im Jahre 2000 errichtete es das „Institut für kapitalistisches System“ unter dem Handelsministerium und suchte aktiv die Erweiterung wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Ausländern, indem es nach Belgien, Italien, Schweden und Großbritannien usw. die wirtschaftlichen Delegationen sendete. Gleichzeitig kündigte Nordkorea die Errichtung der drei speziellen wirtschaftlichen Zonen an: der Shinuiju Sonderverwaltungsbezirk (12. September 2002), Mt. Gumgang-Tourismuszone (23. Oktober 2002) und Gaesong-Industriepark (13. November 2002). Im Außenhandel nahm es auch kapitalistische Geschäftsmethoden auf. Folglich nahm das Volumen seines Außenhandels allmählich von 1,48 Milliarden Dollar in 1999 durch 1,97 Milliarden in 2000 auf 2,27 Milliarden in 2001 zu. Aber wegen des Mangels der Anpassungsfähigkeit bei der internationalen Wirtschaft und der Konkurrenzkraft der Waren war der Export nur auf einige bestimmte Länder und Ware beschränkt. Auch nahm der Einfuhrbedarf rasch zu, wodurch wurde das Handelsdefizit immer größer wurde.

c) Sozialer und kultureller Bereich

Im sozialen und kulturellen Bereich nahmen auswärtige Kontakte nordkoreanischer Bürger und damit wurde der Austausch auf der sozialen und kulturellen Ebene zwischen Süd- und Nordkorea aktiv durchgeführt. Auch der wechselseitige Besuch der getrennten Familien und die humanitäre Hilfe gegenüber Nordkorea haben zur Linderung des Feindschaftsgefühls gegenüber Südkorea beigetragen.

Vielen südkoreanischen Geschäftsleute, die den Norden besuchten, und südkoreanischen Ingenieuren und Arbeitern beim Baugelände des Leichtwasser-Reaktors in Shinpo wurde der Kontakt mit nordkoreanischen Bürgern für einen relativ langen Zeitraum erlaubt. Dank der Erweiterung des informellen Handels und Tausches in drei nordöstlichen chinesischen Provinzen, der Lieferung und Überwachung der humanitären Hilfe und des nordkoreanischen Versuchs, ausländische Touristen zur Massenperformance „Arirang“ anzuziehen, stieg die Zahl der Südkoreaner konstant, die den Norden besuchten. Damit konnten die vielfältigen ausländischen Kulturen in Nordkorea eingeführt werden. Außerdem versuchte Nordkorea vorsichtig, aber zunehmend die südkoreanischen Kulturen durch ein gemeinsames Konzert des süd- und nordkoreanischen Sinfonieorchesters und die Direktübertragung der Vorstellungen südkoreanischer Sänger in Nordkorea sowie die Direktübertragungen von „World Cup 2002“ und „Busan Asian Games“ aufzunehmen.

3.1.2 Veränderung in der Außenpolitik²⁷⁰

In der Folge des Zusammenbruchs der sozialistischen Lager einschließlich ehemaliger Sowjetunion und der Stagnation nordkoreanischer Wirtschaft in den 80er und 90er Jahren wurde die auswärtige Tätigkeit Nordkoreas auch sehr entmutigend. Nach dem Genfer Rahmenabkommen mit den Vereinigten Staaten in der Mitte der 90er Jahren, in dem Südkorea, Japan, die USA und die EU Nordkorea eine Gegenleistung über die Aufgabe seines Atomprogramms versprochen haben, das Leichtwasser-Reaktor zu bauen und das Schweröl von 0,5 Mill. Ton jährlich zu liefern, konzentrierte sich Nordkorea nun darauf, sich aus der internationalen Isolierung herauszuziehen und sich die Hilfe aus internationaler Gemeinschaft zu sichern. Somit bemühte sich Pjöngjang einerseits darum, die traditionellen Freundschaftsbeziehungen mit China und Russland wiederherzustellen, fördert andererseits die Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Japan.

²⁷⁰ Ebd., S. 42-45.

Vor allem aus der Erkenntnis, dass die Verbesserung der Beziehungen zu den USA ein notwendiges Ziel zur Sicherheit seines Systems sei, versuchte es, mittels des Nuklear- und Raketenprogramms die Beziehungen mit den USA zu verbessern. Mit der Ankündigung vom Moratorium der Raketentest im Juni 2000 gelang es Nordkorea, sich die Nahrungshilfe zu sichern und die wirtschaftliche Sanktion gegenüber Nordkorea teilweise aufzuheben. Im Oktober des selben Jahres besuchte der Sondergesandte Kim Jong-Ils, Jo Myong-Rok, Washinton und führte ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton. Bald folgte ein Gegenbesuch der amerikanischen Außenministerin Mandeline Albright zu Pjöngjang. Damit schienen die Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA auf dem Weg zur Verbesserung zu sein.

Aber anlässlich der Verkündigung einer starken Politik gegenüber Nordkorea von der im Jahr 2001 neu gestarteten Bush-Regierung wurde die Beziehung zwischen Nordkorea und USA wieder rasch gekühlt. Die Rhetorik des Präsidenten Bush „Achse der Bösen“ im Januar 2002 und der Andeutung der Möglichkeit eines Präventivschlages im April beunruhigte die Führung in Pjöngjang. Darüber hinaus hat der neue Verdacht über das Atomwaffenprogramm in Nordkorea einen neuen Konflikt geschaffen.²⁷¹ In diesem Zusammenhang erklärten die USA ihren Standpunkt, dass der Dialog zwischen Nordkorea und den USA erst wieder aufgenommen werden könnte, nachdem Nordkorea sein Atomwaffenprogramm als erster Schritt vollständig eingestellt hat. Die USA übten weiter Druck auf Nordkorea durch die Einstellung der Lieferung von Schweröl. Dagegen forderte Nordkorea die USA zum Verzicht auf ihre feindliche Politik gegenüber Nordkorea auf und drängte dazu, vor der Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage zunächst ein Nichtangriffsabkommen abzuschließen. Trotz seiner unnachgiebigen Haltung legte Nordkorea auf der anderen Seite seinen Standpunkt dar, das Problem durch den Dialog zu lösen, indem es behauptete, dass das Einfrieren der Nuklearanlage in Nordkorea vollständig von der amerikanischen Haltung abhängig sei.

Inzwischen brachte Nordkorea im Jahr 2000, nach sieben Jahren, das Gespräch zur Aufnahme diplomatischer Beziehung mit Japan wieder in Gang. Nach einer Serie von Gesprächen zwischen nordkoreanischen und japanischen Rot-Kreuz-Organisationen

²⁷¹ Als der Staatssekretär des amerikanischen Außenministeriums Kelly als der Sondergesandte Nordkorea im Januar 2002 besuchte, erwähnte Nordkorea den Plan über sein Programm zur Urananreicherung. Damit wurde der Verdacht über die Entwicklung der Nuklearwaffe in Nordkorea neu aufgestellt.

und politischer Dialoge auf der Ebene von Ministerialdirektoren des Außenministeriums kam das Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und Japan schließlich am 17. September 2002 in Pjöngjang zustand und wurde ein Vier-Punkte Gemeinsames Kommuniqué verkündigt. In der gemeinsamen Erklärung kamen die beiden Gipfel überein, dass das Gespräch über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern im folgenden Oktober wieder aufgenommen werden sollte. Dabei drückte Japan sein Bedauern über die frühere Kolonialherrschaft aus und versprach wirtschaftliche Hilfe für Nordkorea. Nordkorea entschuldigte sich seinerseits für die Entführung von japanischen Staatsbürgern. Außerdem erklärte Nordkorea seine Bereitschaft, sich an die internationalen Vereinbarungen zu halten, um die Nuklearfrage in umfassender Weise zu lösen, und das Raketen-Moratorium zu verlängern. Aber infolge der Verschlechterung der öffentlichen Meinung innerhalb Japan über die Entführungsfrage der japanischen Bürger und der harten Haltung japanischer Regierung über den neuen Verdacht auf das Nuklearprogramm in Nordkorea ist die Beziehung zwischen Nordkorea und Japan wieder zurückgegangen.

Auf der anderen Seite hat Nordkorea durch die Gipfeldiplomatie ihre traditionellen Freundschaftsbeziehungen wiederhergestellt. Nach der Bestätigung des bestehenden freundschaftlichen Verhältnisses mit China durch den Staatsbesuch Kim Jong-Ils in China (im Mai 2000 und im Januar 2001) sowie der Gegenbesuch des chinesischen Staatschefs Jiang Zemin im September verstärkte Nordkorea seine diplomatischen Tätigkeiten gegenüber China, um die amerikanische Druckpolitik gegenüber Nordkorea abzuhalten und damit Hilfe auf verschiedenen Gebieten zu sichern.

Auch mit Russland stellte Nordkorea durch den Gegenbesuch zwischen beiden Gipfel ihre traditionelle freundliche Beziehung wieder her.²⁷² Vor allem besuchte Kim Jong-II die Region des Fernen Osten von Russland im August 2002 und diskutierte mit russischen Führungen über die Möglichkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Nordkorea und der Region einschließlich der Verbindung von transkoreanischer Eisenbahn (TKR) und transsibirischer Eisenbahn (TSR).

²⁷² Der Präsident Russlands Vladimir Putin besuchte Pjöngjang im Juli 2000, während der Vorsitzende Kim Jong-II einen Staatsbesuch in Russland von Juli 2001 bis zum August machte.

Die utilitaristische und allseitige Diplomatie Nordkoreas wurde bei den diplomatischen Tätigkeiten gegenüber der Europäischen Union noch deutlicher sichtbar. Seit 2000 förderte Nordkorea aktiv die Erweiterung diplomatischer Beziehungen mit EU-Ländern und nahm vom Januar 2000 bis Ende 2002 die diplomatische Beziehung mit 13 Ländern von 15 EU-Mitgliedsländern außer Frankreich und Irland auf. Unter anderem verstärkte Nordkorea dabei die Tätigkeiten zur Sicherung wirtschaftlicher Hilfe sowie Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Nordkorea strebte auch nach der Verbesserung seiner Beziehungen zu südostasiatischen Ländern, die reich an Nahrungsmitteln und Bodenschätzen sind. Im Juli 2001 besuchte der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung Kim Young-Nam Vietnam, Laos und Kambodscha und reiste im März 2002 durch Thailand und Malaysia. Die nordkoreanische Regierung lud einige Führer in der Region zu Pjöngjang ein, unter anderem den indonesischen Präsidentin Megawati Sukarnoputri im März 2002, den vietnamesischen Präsidenten Tran Duc Luong im Mai 2002 und den laotischen Premierminister Bounnyang Vorachit im Mai 2002.

3.1.3 Veränderung in der Politik gegenüber Südkorea²⁷³

Seit dem Gipfeltreffen zwischen dem Süden und dem Norden zeigte Nordkorea die Veränderung seiner Haltung gegenüber Südkorea. In Richtung der Beziehungen der Aussöhnung und Zusammenarbeit ging es aktiv auf die Gespräche zwischen den süd- und nordkoreanischen Behörden ein und regulierte die Politik gegenüber Südkorea in praktischer Richtung. Nordkorea schien zu erkennen, dass für die Bewahrung des Systems und die Wiederherstellung der Wirtschaft als das bevorstehende Ziel die Verbesserung der Beziehungen mit Südkorea unbedingt notwendig sei und auch für die Einführung westlichen Kapitals und Techniken die Unterstützung Südkoreas brauche. Beispielsweise nahm Nordkorea die Gespräche zwischen Süd und Nord auf verschiedenen Ebenen einschließlich der Gespräche auf der Ministerebene an, um die „Gemeinsame Deklaration zwischen Süd und Nord“ vom 15. Juni 2000 zu realisieren. Durch die Ge-

²⁷³ Ministerium für nationale Wiedervereinigung Republik Korea (2003), S. 45-46.

sprache vereinbarten die beiden Seiten die Verbindung der Eisenbahnen und der Straßen, die seit 1953 nicht mehr genutzt wurden, den Bau des Gaesong-Industrieparks und die Verwirklichung der Gungganggebirge-Tour durch die Straße usw. und nahmen die in Verbindung mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit stehenden vier Abkommen, wie Garantie der Investition, Doppelbesteuerungsschutz, Clearing und Zahlung und Abwicklungsverfahren von Handelsstreit, auf. Bis zum Ende 2002 fanden insgesamt fünf organisierte Familienbegegnungen statt und es wurde die Errichtung eines Treffhauses für die getrennten Familien vereinbart. Damit hielt Nordkorea die Verleumdungspropaganda und die Provokation gegenüber dem Süden zurück.

Nordkorea nahm auch eine positive Haltung zum Austausch auf privater Ebene ein, nachdem sich die beiden Seiten auf dem Gipfeltreffen über die Zusammenarbeit und den Austausch auf den verschiedenen Ebenen wie Sozial, Kultur und Sport usw. vereinbart hatten. Bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Sydney am 15. September 2000 marschierten die beiden koreanischen Mannschaften erstmals gemeinsam unter einer Fahne und dem Namen „Korea“. In 2002 veranstaltete Nordkorea, wenn auch auf ziviler Ebene, den Festakt zum Unabhängigkeitstag in Seoul gemeinsam mit der südkoreanischen Seite und schickte die Mannschaft sowie eine Gruppe Beifallrufer zu Asienspielen in Busan, die zweit größte Stadt in Südkorea.

3.2 Bemühungen um das Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel

3.2.1 Bemühungen um den dauerhaften Frieden auf der koreanischen Halbinsel und die Vierer-Gespräche

Auf der koreanischen Halbinsel herrscht bis heute der Kalte Krieg. Entlang der „Entmilitarisierten Zone (DMZ)“ stehen sich zwei hochgerüstete Armeen gegenüber: Auf 1,1 Millionen Mann werden die nordkoreanischen Streitkräfte gerechnet. Ihnen gegenüber stehen 660000 Südkoreaner und 37000 Amerikaner im Süden. Damit ist das Ge-

fahrpotenzial sehr hoch. Im Fall eines neuen Kriegs würden nach Schätzungen der Experten der US-Armee mindestens eine Million Menschen sterben.²⁷⁴

Nach der Kapitulation Japans besetzte die Sowjetunion den Norden und die USA den Süden Koreas entlang des 38. Breitgrades, auf den sich die Sowjetunion und Westalliierte schon geeinigt hatten. Während die Teilung Deutschlands die Folge eines Krieges war, den Deutschland begonnen hatte, war es anders in Korea, das nur Opfer japanischer Kolonialherrschaft war. Aber wie in Deutschland entwickelten sich auch in Korea eigene Staaten im Norden und Süden mit ganz gegensätzlichen Systemen. Damit wurde die koreanische Halbinsel seit 1948 praktisch geteilt. Der Koreakrieg begann am 25. Juni 1950, als die nordkoreanischen Truppen den 38. Breitengrad überschritten. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte sofort Nordkorea als Aggressor und beschloss am 27. Juni 1950 in Abwesenheit des sowjetischen Delegierten die Aufstellung von UN-Truppen. Der Krieg dauerte drei Jahre lang, bis das Waffenstillstandabkommen abgeschlossen wurde.

Die erste Verhandlung zum Waffenstillstand begann im Juli 1951. Während die Verhandlungen in Panmunjom – in einer neutralen Zone - verlief, wurden die Kämpfe fortgesetzt. Bei den Verhandlungen war der Kriegsgefangenaustausch immer umstritten. Darüber hinaus lehnte der damalige südkoreanische Präsident Rhee Syngman, der bis 1950 immer wieder die USA aufforderte, mit Waffengewalt gegen Nordkorea vorzugehen, den Waffenstillstand ohne die Wiedervereinigung ausdrücklich ab. Zwar spielte dies für den weiteren Verlauf der Verhandlungen keine Rolle, aber die ablehnende Haltung Südkoreas verschaffte dem Land umfangreich amerikanische Sicherheitsgarantien.²⁷⁵ Am 27. Juli 1953 wurde das Waffenstillstandabkommen zwischen beiden Seiten in Panmunjom unterzeichnet.²⁷⁶ Mit geringfügigen Änderungen wurde der 38. Breitgrad wieder als Grenze festgelegt. Eine vier Kilometer breite entmilitarisierte Zone wurde auf beiden Seiten der Grenze geschaffen.

²⁷⁴ Frankfurter Rundschau vom 26. Juli 2003.

²⁷⁵ Kim, Myong-Ki: Die Wiedervereinigungspolitik Süd- und Nordkoreas, Seoul 1995, S. 38-40.

²⁷⁶ Am 27. Juli 1953 unterzeichneten Kim Il-Sung für Nordkorea, Pen Dehuai für China und Mark W. Clark für die UN den Waffenstillstand. Südkoreas Präsident Rhee Syngman unterschrieb ihn nicht.

Abgesehen von materiellem Verlust der beiden Seiten, kamen mehr als 2,5 Millionen Menschen in drei Jahren Krieg ums Leben. Zehn Millionen Menschen wurden von ihren Familien getrennt. Dadurch hinterließ er beiden Bevölkerungen in Süd und Nord ein tiefes Gefühl von Hass und Feindlichkeit. Sie wurden sie darüber hinaus sogar für ihre Machterhaltung von den Regimes beider Seiten immer wieder propagiert und ausgenutzt. Das ist in Vergleich mit der deutschen Teilung ein entscheidender Punkt dafür, warum das Trauma der Teilung in Korea tiefer sitzt als einst in Deutschland.

Der Waffenstillstand von Panmujom besiegelte vor 50 Jahren den Koreakrieg. Doch auch bis heute hat kein Friedensvertrag den Waffenstillstand vom 27. Juli 1953 ersetzt. Inzwischen schlossen Süd und Nord Detailabkommen über Familienbesuch, Wiederherstellung des Eisenbahnnetzes, Wirtschaftsbeziehungen, gemeinsame Sportmannschaften und Tourismus usw. ab. Aber im rechtlichen Sinne besteht der Kriegszustand fort. Eine des Haupthindernisses auf dem Weg zur Wiedervereinigung ist die militärische Konfrontation zwischen beiden Koreas. Ohne die Struktur des Kalten Krieges auf der koreanischen Halbinsel aufzulösen, wäre es unmöglich, eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege zu erreichen.

Der gegenwärtige Frieden auf der koreanischen Halbinsel wird vom Waffenstillstandsabkommen, das am 27. Juli 1953 abgeschlossen wurde, erhalten und kontrolliert. In Artikel 4, Abs. 60 unterstreicht das Abkommen ausdrücklich die Notwendigkeit, den gegenwärtigen Waffenstillstand in ein dauerhaftes Friedenssystem verwandeln zu müssen. In diesem Sinne wurde die internationale Konferenz in Genf im Jahr 1954 eröffnet, um die Frage zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu lösen. Seither gab es mehrfach Versuche, die Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel abzuschwächen. Die unter Präsident Richard Nixon eingeleitete Détente der USA mit China löste 1971 ein erstes Tauwetter zwischen Süd- und Nordkorea aus. Nach Jahrzehnten feinseliger Konfrontation einigten sich die beiden Koreas in einer „Gemeinsamen Erklärung des Südens und Nordens“ vom 4. Juli 1972 erst mal auf die friedliche und gewaltlose Wiedervereinigung. Die Aussöhnung hielt aber keine zwei Jahre. Ein zweiter Anlauf kam 1991, als Süd- und Nordkorea das „Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff und Zusammenarbeit“ unterzeichneten und 1992 ratifizierten. In diesem Grundsatzabkommen und den nachfolgenden Verhandlungen bestätigten sie das Prinzip, den Waffen-

stillstand bis zur Erreichung des dauerhaften Friedenszustandes einzuhalten und vereinbarten sich über den Nichtangriff sowie die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel.²⁷⁷ Aber angesichts der kompromisslosen Haltungen und des gegenseitigen Misstrauens beider Seiten konnten diese einzelnen Punkte der Vereinbarungen nicht in die Tat umgesetzt werden.²⁷⁸

Nun bestand Nordkorea auf den Abschluss eines Friedensabkommen mit USA²⁷⁹ mit den Begründungen, dass die USA eine Partei des Waffenstillstandsabkommens und für die militärische Spannung auf der koreanischen Halbinsel verantwortlich seien. Und zugleich versuchte es das Waffenstillstandsabkommen zu annullieren. Nordkorea wies die tschechoslowakischen Vertreter in der neutralen Überwachungskommission (Neutral Nations Supervisory Commission) im April 1993, die polnischen Vertreter im Februar 1995 aus dem Land aus. Auch im Mai 1994 richtete es einseitig eine Vertretung nordkoreanischer Volksarmee in Panmunjom ein und im Dezember ließ es China seine Vertreter aus der militärischen Waffenstillstandskommission abberufen. Vor allem am 4. April 1996 erklärte Nordkorea, dass es sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen von 1953 gebunden fühle. Zwischen dem 5. und 7. April schickte es unter Verletzung des Waffenstillstands einige hundert bewaffnete Soldaten jeweils für mehrere Stunden in den gemeinsamen Sicherheitsbereich von Panmunjom.²⁸⁰ Damit verschärfte sich die Lage auf der koreanischen Halbinsel.

Unter diesen Umständen bemühte sich Südkorea um einen realistischen und konkreten Plan in verschiedenen Richtungen, der zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel beitragen soll. Als Folge schlug die südkoreanische Regie-

²⁷⁷ Artikel 1, Abs. 5 des Grundsatzabkommens besagt: „Süd- und Nordkorea bemühen sich gemeinsam darum, den gegenwärtigen Waffenstillstand in einen festen Friedenszustand zwischen Süd und Nord zu verwandeln, und halten bis zur Erreichung dieses Zustandes das gegenwärtige Waffenstillstandsabkommen ein.“

²⁷⁸ Am 6. Oktober 1992 gab die südkoreanische Regierung einen nordkoreanischen Spionagering in Südkorea bekannt und forderte Nordkorea die Entschuldigung. Nordkorea lehnte die südkoreanische Forderung ab und warf dagegen seinerseits das gemeinsame Großmanöver amerikanischer und südkoreanischer Streitkräfte „Team Spirit“ vor. Damit gerieten alle aussichtreichen Gesprächskontakte zwischen beiden Seiten ins Stocken.

²⁷⁹ Nordkorea behauptete zwar eigentlich das Friedensabkommen zwischen dem Süden und dem Norden, aber es änderte seine Position nach einseitigem Abbruch der Gespräche zwischen Süd und Nord im Jahr 1974, indem es den Abschluss eines Friedensabkommens mit den USA forderte.

²⁸⁰ Die Störaktion wurde im Süden als Versuch interpretiert, der Forderung Pjöngjang nach direkten Verhandlungen mit Washington über einen Friedensvertrag Nachdruck zu verleihen.

rung durch das Gipfeltreffen²⁸¹ am 16. April 1996 gemeinsam mit den USA eine Vierer-Konferenz über Korea vor, an der neben den USA und Südkorea die Volksrepublik China und Nordkorea teilnehmen sollen. Sie seien bereit, gemeinsam mit China jederzeit und ohne Vorbedingungen mit Nordkorea in Friedensverhandlungen einzutreten. In ihrer gemeinsamen Erklärung stimmten beide Gipfels prinzipiell überein, dass das „Erreichen eines stabilen, dauerhaften Friedens auf der koreanischen Halbinsel Aufgabe des koreanischen Volkes“ und nur unter Führung von beiden Regierungen in Süd und Nord zu schaffen sei und „separate Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea über Friedenslösung nicht in Frage kommen können“. Zugleich bekräftigten die beiden Präsidenten, dass die „derzeitige Waffenstillstandsvereinbarung aufrechterhalten werden soll, bis sie durch eine dauerhafte Friedensvereinbarung abgelöst wird“.²⁸²

Nun traf sich die Arbeitsgruppe mehrmals, um die Vierer-Konferenz zu realisieren, und einigten sich auf die Vorverhandlungen zur Vorbereitung des Hauptgesprächs. Nach drei Vorverhandlungsrunden²⁸³ wurde das erste Hauptgespräch in Genf am 9. Dezember 1997 eröffnet. Jedoch konnte die eigentliche Diskussion nicht in Gang kommen, da Nordkorea darauf beharrte, erst die Tagesordnung vor dem Beginn der Diskussion zu unterteilen. Das zweite Hauptgespräch in Genf am 16. März 1998 endete auch ohne Ergebnis, indem Nordkorea den Abzug amerikanischer Truppen in Südkorea und den Abschluss des Friedensabkommens mit den USA forderte. Auf dem dritten Vierer-Gespräch, das in Genf am 21. Oktober 1998 stattfand, vereinbarten die vier Staaten endlich die „gemeinsame Erklärung von Vierer-Gespräch“ und die Bildung des „Subkomitees für das Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel“ und des „Subkomitees für die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel“. Das Vierer-Gespräch, das 1999 dreimal stattfand, wurde nun von diesen Subkomitees geführt.

²⁸¹ Der amerikanische Präsident Bill Clinton hatte auf Drängen Seouls auf dem Weg nach Japan einen mehrstündigen Zwischenaufenthalt auf der südkoreanischen Insel Jeju eingelegt, um dort mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Kim Young Sam über die angespannte Lage auf der koreanischen Halbinsel zu konferieren. Nach dem Treffen veröffentlichten sie eine gemeinsame Erklärung mit acht Punkten.

²⁸² Hankook Ilbo vom 17. April 1996

²⁸³ In der ersten Vorverhandlung vereinbarten die vier Parteien zwar vorläufig über den Eröffnungstag und –ort, die Frage der Delegationen und die Führungsweise usw., aber sie stimmten über die Frage der Tagesordnung der Hauptverhandlung nicht überein. In der dritten Runde der Vorverhandlung einigten sie sich auf „die bevorstehende Frage für das Errichten des Friedenssystems und die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel“ als die Tagesordnung.

Während Südkorea den Standpunkt vertrat, dass durch die Initiative der beiden Koreas und gleichzeitig durch die Garantie von den USA und China ein effektives Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel etabliert werden sollte, zielte Nordkorea auf den Abschluss eines Friedenspaktes mit den USA und den Abzug amerikanischer Truppen in Südkorea ab. Als weitere Bedingung für die gute Stimmung der Verhandlung stellte es die Frage der Gleichberechtigung zwischen den Parteien der Konferenz und verlangte damit die Teilaufhebung der amerikanischen Wirtschaftssanktion gegenüber Nordkorea und die Nahrungshilfe.

Trotz ihres Slogans von einer friedlichen Wiedervereinigung gab es jedoch viele Zwischenfälle und zugleich den Aufrüstungswettlauf zwischen dem Süden und dem Norden. Die militärische Auseinandersetzung gefährdete nicht nur die Lage der Sicherheit in der Region Ostasien, sondern ging auch auf Kosten der sozio-ökonomischen Entwicklung in beiden Ländern. Somit ist klar, dass das Errichten eines stabilen und dauerhaften Friedens auf der koreanischen Halbinsel eine unabdingbare Voraussetzung zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas ist.

3.2.2 Neuer nuklearer Konflikt auf der koreanischen Halbinsel

3.2.2.1 Entwicklung und Hintergrund

Die nukleare Frage Nordkoreas schien auf dem guten Weg zum erfolgreichen Ende zu sein, da auf der Grundlage des Genfer-Rahmenabkommens zwischen Nordkorea und den USA im Oktober 1994 die grundlegenden Rahmenbedingungen, wie das Erfrieren der nuklearen Anlagen in Nordkorea, die Lieferung des Schweröls und der Bau der Leichtwasser-Reaktoren einhalten wurden. Aber der Konflikt um Nordkoreas Atomprogramm verschärfte sich erneut, als, nach amerikanischer Angabe, Nordkorea beim Besuch in Pjöngjang des für Ostasien und Pazifik zuständigen Abteilungsleiter des amerikanischen Außenministeriums, James Kelly, überraschend die Existenz eines geheimen

Programms zur Urananreicherung eingeräumt haben soll.²⁸⁴ Die amerikanische Regierung machte dies am 17. Oktober 2002 bekannt und forderte zugleich von Pjöngjang die „sofortige und sichtbare Einstellung seiner Atomwaffenpläne. Am selben Tag erklärte die südkoreanische Regierung auch, dass sie „jede Art“ von Nuklearwaffenprogramm in Nordkorea scharf ablehne und die Nuklearfrage Nordkoreas nur mit friedlichem Mittel durch Dialog gelöst werden sollte, und forderte Nordkorea dazu auf, das Genfer-Abkommen vom 1994 einzuhalten.²⁸⁵ Nordkorea widerlegte durch die Äußerung des Außenministeriums am 25. Oktober 2002 die amerikanische Behauptung und erklärte zugleich, es sei bereit, mit den USA über diese Frage zu verhandeln, wenn die USA ein Friedenspakt mit Nordkorea abschließt.

Am Rande des Gipfeltreffens vom am 25. Oktober 2002 in Los Kabos, Mexiko, eröffneten „Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC)“ veröffentlichten die USA, Japan und Südkorea eine gemeinsame Erklärung, wobei sie darüber übereinstimmten, dass das Atomprogramm Nordkoreas eine schwerwiegende Verletzung gegen die internationalen Vereinbarungen wie das Genfer-Rahmenabkommen, NPT, IAEA-Abkommen und die gemeinsame Erklärung über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel usw. sei, und Nordkorea deshalb durch erkennbare Schritte sein Atomwaffenprogramm sofort einstellen sollte. Dieser Konflikt sollte aber mit diplomatischen Mitteln gelöst werden. Andererseits eröffneten die Vertreter aus Südkorea, den USA, Japan und der EU das KEDO-Exekutivkomitee am 4. November 2002 und verlangten von Nordkorea die sofortige Lösung der Nuklearfrage. Zugleich erklärten sie, dass die zukünftigen Beziehungen Nordkoreas zur KEDO und die Tätigkeit von KEDO von einer vollständigen und permanenten Abschaffung seines Atomprogramms abhängen sollen. In dieser Erklärung machte KEDO unter anderem klar, dass die Lieferung des Schweröls von Dezember an unterbrochen werde, es sei denn, dass Nordkorea „konkrete und verlässliche Schritte“ zur Beendigung seines Programms, der Anreicherung von waffenfähigem Uran, ergreife.

²⁸⁴ Das nordkoreanische Parteiorgan „Rodong Sinmun“ bestritt inzwischen abermals, dass Nordkorea jemals eingeräumt habe, Atomwaffen tatsächlich zu entwickeln. Vielmehr habe man Kelly bei dessen Besuch in Pjöngjang im Oktober 2002 mitgeteilt, man behalte sich angesichts der feindlichen Politik Washingtons das Recht vor, Nuklearwaffen zu entwickeln. Kelly habe diese Nachricht willentlich verfälscht.

²⁸⁵ Frankfurter Rundschau vom 21. Oktober 2002; Hankook Ilbo vom 18. Oktober 2002.

Gegen den Stop der Öllieferung kündigte Nordkorea durch die Äußerung des Außenministeriums am 12. Dezember 2002 an, es werde das Einfrieren seines Plutoniumprogramms in Yongbyon aufheben und den Betrieb und den Bau der nuklearen Anlage für die Stromerzeugung wieder aufnehmen. Anschließend ließ es die Siegel der Anlage aufbrechen und die Überwachungskameras verhüllen. Auch wies es am 31. Dezember 2002 die beiden IAEA-Inspektoren aus. Die atomare Krise auf der koreanischen Halbinsel verschärfte sich weiterhin, als Nordkorea am 10. Januar 2003 den Ausstieg aus Atomwaffensperrvertrag (NPT) offiziell erklärte. Gleichzeitig drohte Nordkorea für den Fall von US-Sanktionen wegen des Atomstreits mit härtester Gegenmaßnahme. Mit großer Besorgnis reagierte die internationale Staatengemeinschaft darauf. Zahlreiche Länder appellierten an die Regierung in Pjöngjang, die Entscheidung wieder zurückzunehmen. Dagegen sprach Nordkorea von einer „legitimen Maßnahme zur Selbstverteidigung“ gegen die „feindliche Politik“ der Vereinigten Staaten.²⁸⁶

Dann stellt sich die Frage, warum die nordkoreanische Führung trotz des Genfer-Rahmenabkommen von 1994 schon ab 1996/97 ein geheimes Urananreicherungsprogramm wieder aufnahm und die Atomwaffen haben will. Die wesentlichen Gründe dafür scheinen die folgenden zu sein: Die Verzögerungen beim Reaktorbau, die Probleme mit den Öllieferungen und das wachsende Misstrauen gegenüber den politischen Entwicklungen in den USA sowie die immer stärkere westliche Orientierung Chinas und Russlands und die fehlenden Ressourcen für die Modernisierung der fünftgrößten Armee in der Welt. Nordkorea litt immer unter der Stromknappheit. Jedoch wegen der Frage der Kostenteilung usw. gingen die Bauarbeiten stockend vonstatten, obwohl die zwei Leichtwasser-Reaktoren nach der Vereinbarung bis zum Jahre 2003 fertig gebaut sein sollten. Nordkorea und die USA vereinbarten durch das Genfer-Rahmenabkommen, dass die politischen Beziehungen zwischen beiden Seiten normalisiert und wirtschaftliche Sanktionen aufgehoben werden sollten. Diese Vereinbarungen einschließlich des Reaktorbaus sowie der Öllieferung als Gegenleistung waren innerhalb der USA innenpolitisch umstritten und stießen auf den Widerstand der konservativen Republikaner im US-Kongress.²⁸⁷ Nordkorea fühlte sich immer in der Tat von technisch überlegenen amerikanischen Truppen bedroht. Äußerungen des amerikani-

²⁸⁶ Süddeutsche Zeitung vom 11. Januar 2003; Hankook Ilbo vom 11. Januar 2003

²⁸⁷ Vgl. den Beitrag von Schmidt, Hans-Joachim: Misstrauen und sicherheitliche Ängste, in Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 2003.

schen Präsidenten George Bush wie die „Achse des Bösen“ und der „Präventivschlag“ usw. beunruhigte Pjöngjang zusätzlich. Aber vor allem hat darüber hinaus der Besitz der Atomwaffen aus nordkoreanischer Perspektive militärisch und ökonomisch eine große Bedeutung. Aufgrund des veralteten Waffensystems und der fehlenden Versorgung der Ersatzteile steht Nordkorea vor der Notwendigkeit der Modernisierung seiner konventionellen Truppen. Im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Kraft sind auch die militärische Ausgabe enorm hoch, was angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Nordkorea schwer belasten muss. In diesem Zusammenhang könnten die Atomwaffen der nordkoreanischen Führung „zwei Fliegen mit einer Klappe fangen“ bedeuten.

Die Existenz des Atomwaffenprogramms Nordkoreas ist bis jetzt umstritten. Es gab noch keinen konkreten Beweis dafür. Trotzdem wird dies als eine vollendete Tatsache angesehen. Weiterhin trägt die unklare Haltung Nordkorea dazu bei: Nordkorea versucht einerseits mit der Entwicklung des Atomwaffenprogramms zu drohen, aber andererseits bestreitet es dieses. In diesem Zusammenhang wäre es auch möglich, dass Nordkorea das eingeräumte Atomwaffenprogramm fälschlicherweise als einen kühnen strategischen Zug für eine Trumpfkarte halten könnte, mit der es die USA zu einer Sicherheitsgarantie für Nordkorea – in Form eines Nichtangriffsvertrages mit Nordkorea – zwingen kann.

Aber die USA, vor allem die Bush-Regierung, beharren weiter auf ihre bisherige harte Position. Sie verlangen den Verzicht aller Atomwaffenprogramme in Nordkorea sowie umfassende Verifikationsmaßnahmen einschließlich der Reduzierung seiner konventionellen Truppen, bevor sie seinerseits zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit seien. Dagegen fordert Pjöngjang zuerst eine Nichtangriffs-Garantie und die Normalisierung der Beziehungen, bevor es sein Atomwaffenprogramm einstellt. Die Vorschläge beider Seiten haben inhaltlich keinen wesentlichen Unterschied, sondern nur in umgekehrter Reihenfolge.²⁸⁸ Trotz ihrer kompromisslosen Haltungen signalisierten Nordkorea und die USA andererseits immer wieder die Bereitschaft, den Konflikt auf diplomatische Weise zu lösen.

²⁸⁸ Ebd.

Im Zusammenhang mit dem Atomwaffenprogramm Nordkoreas kommen meistens zwei Motive zur Sprache: Nordkorea soll Atomwaffen anstreben, um seine Position bei den Verhandlungen zu stärken, oder, um seine konventionelle Rüstung zu ersetzen. Aber andere Beobachter nennen die Sicherheit seines Systems und die Abschreckung gegenüber den USA als ein wahres Hauptmotiv. Seitdem Koreakrieg fühlt sich Nordkorea von den USA bedroht. Weiterhin beunruhigte die Äußerung des amerikanischen Präsidenten Bush „Präventivschlag“ und „Achse der Bösen“ das nordkoreanische Regime. In der Tat haben die USA Irak angegriffen und das Regime von Saddam Hussein gestürzt, obwohl er sich der umfassenden und vollständigen Nuklear-Inspektion nach dem Verlangen der USA unterwarf.

Daraus wird festgestellt, dass die friedliche Lösung der Nuklearkrise Nordkoreas nicht so einfach sein würde, solange sich Nordkorea von den USA bedroht fühlt und keine Haltung einem Kompromiss entgegensteht und die USA das nordkoreanische Regime stürzen wollen und bilaterale Gespräche mit Nordkorea weiterhin ablehnen, obwohl alle anderen Verhandlungspartner die USA dazu drängen.

3.2.2.2 Vier Szenarien zur künftigen Entwicklung des nuklearen Konflikts

Wie wird sich der atomare Konflikt auf der koreanischen Halbinsel entwickeln? Im Zusammenhang mit dieser Frage hat das „Brookings Center for Northeast Asian Policy Studies (CNAPS) der „Brookings Institution“ in Washington, D.C. vier Szenarien gestellt. Das CNAPS hat in einem Studienbericht „Crisis on the Korean Peninsula“ den Endpunkt des nordkoreanischen Atomprogramms vorsichtig überblickt, unter der Voraussetzung, dass kein Krieg auf der koreanischen Halbinsel ausbricht.²⁸⁹

Die Studie weist zuerst auf die Möglichkeit hin, dass Nordkorea tatsächlich die wirtschaftliche Reform beginnt, indem es die amerikanischen Bedingungen zur Lösung des Atomwaffenprogramms Nordkoreas aufnimmt und damit die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft normalisiert. Nach dieser

²⁸⁹ Dazu siehe Hanlon, Michael O' und Monchizuki, Mike: Crisis on the Korean Peninsula. How to Deal with a Nuclear North Korea, McGraw-Hill 2003.

Studie wäre eine Entwicklung vorstellbar, dass Nordkorea am Ende die von den USA gestellten Bedingungen zur Abschaffung der Massenvernichtungswaffen befriedigen und die wirtschaftliche Hilfe von den Ländern wie den USA und Japan usw. aufnehmen würde, um die ernste Hungersnot und Wirtschaftskrise zu überwinden. Dies würde zur langfristigen Stabilität in Nordostasien bedeutend beitragen. Wenn das Szenario realisiert würde, würde dies zudem als Ausgangspunkt zum Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel in betracht kommen.

Das zweite Szenario ist der Zusammenbruch Nordkoreas. Infolge der wirtschaftlichen Krise durch die Blockade sowie Wirtschaftssanktion gegenüber Nordkorea und der Machtkampf innerhalb des Systems usw. würde Nordkorea zusammenbrechen. Aber im Hinblick darauf, dass Nordkorea trotz ungünstiger Bedingungen im Inland und Ausland die militärische Kraft und innere Kontrolle erhalten kann, bekommt es viel Beachtung.

Das dritte Szenario ist der Fall, dass Nordkorea in den Zustand vor dem Oktober 2002 zurückfällt, indem es die Einstellung seines Atomwaffenprogramms erklärt und als Gegenleistung die Zugeständnisse erwirbt. Andererseits ziehen die USA ihre Position zur vollständigen Abschaffung des Atomwaffenprogramms in Nordkorea zurück und richten ihr Augenmerk auf künftiges nordkoreanisches Verhalten. D. h., die Situation in der Mitte der 90er Jahre würde wiederholt.

Das letzte Szenario ist, dass Nordkorea eine Atommacht wird. In Hinsicht auf seine gegenwärtige Situation ist zwar dieses Szenario schwer zu vorstellbar, jedoch könnte dies auch möglich sein. Um zu überleben und in künftigen Verhandlungen Oberhand zu gewinnen, würde Nordkorea zu jedem Preis eine Atommacht. In diesem Fall könnte man einen nuklearen Rüstungswettlauf in Nordostasien voraussehen, der zugleich den Frieden und die Stabilität in der Region massiv gefährden würde.

3.3 Perspektive der koreanischen Wiedervereinigung

3.3.1 Szenarien über die koreanische Wiedervereinigung

Wenn von zukünftiger Wiedervereinigung Koreas die Rede ist, kann man verschiedene mögliche Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel in Betracht ziehen, die unter anderem mit den internen Entwicklungen in Nordkorea in enger Verbindung stehen. Nordkorea ist wirtschaftlich bankrott. Derzeit kämpft das nordkoreanische Regime faktisch um sein Überleben mit allen Mitteln.²⁹⁰ Ohne Hilfe von Außen scheint eine Wiederbelebung seiner Volkswirtschaft unmöglich zu sein. Aus dieser Situation bleiben dem Regime Kim Jong-Ils nur drei Optionen zum Überleben seines Systems: ein bewaffneter Konflikt, der Zusammenbruch des nordkoreanischen Herrschaftssystems, eine politische und wirtschaftliche Öffnung und Annäherung Nordkoreas an Südkorea.²⁹¹

Aus der andauernden wirtschaftlichen Krise und Eskalation mit den USA sowie Japan und Südkorea durch seine riskante Politik, „brinkmanship strategy“, könnten sich die Situation im Norden am Ende krisenhaft bescheunigen und zuspitzen. Betrachtet man die negativen Entwicklungen in Nordkorea, bestehen zwei große Risiken in Zusammenhang mit der Sicherheit und Stabilität auf der Halbinsel. Nämlich die Gefahr der Explosion (ein gewaltsamer Konflikt) oder der Implosion (Zusammenbruch) Nordkoreas. Die erste mögliche Entwicklung, ein „bewaffneter Konflikt“ auf der Halbinsel, der von Nordkorea zwecks der Verhinderung des Zusammenbruch oder „als Ergebnis von unkontrollierten Eskalationsprozessen“ bewusst verursacht werden könnte²⁹², muss der schlimmste Fall für Korea sein, den man unbedingt vermeiden muss. Das Szenario ist hinsichtlich der gegenwärtigen Lage Nordkoreas sehr unwahrscheinlich. Aufgrund des schlechten Zustands seiner Streitkräfte würde ein Krieg für das nordkoreanische Regime ein sicheres Ende des Systems bedeuten und wäre deshalb ein politischer Selbstmord.²⁹³ Jedoch ist die Gefahr eines gewaltsamen Konflikts auch nicht ganz auszu-

²⁹⁰ Maull, Hanns: a. a. O., S. 122.

²⁹¹ Kreft, Heinrich: a. a. O., S. 60.

²⁹² Maull, Hanns: a. a. O., S. 122.

²⁹³ Ebd.

schließen. Nordkorea könnte sich aus Verzweiflung an eine bewaffnete Provokation wagen, wenn es angesichts andauernder Krisen keinen Ausweg finden könnte. Auf jeden Fall würde der bewaffnete Konflikt zu einer verheerenden Folge auf der koreanischen Halbinsel führen. Nicht nur die materiellen Zerstörungen, sondern auch Verluste beider Bevölkerungen in hohem Maße würden voraussichtlich entstehen. Seoul, wo ein Viertel der südkoreanischen Bevölkerung (rund 10 Millionen) wohnen und die meisten wichtigen Einrichtungen dicht zusammengedrängt sind, liegt nur 50 Kilometer südlich von der entmilitarisierten Zone entfernt. In diesem Fall sollen, abgesehen von der wirtschaftlichen Verlusts, nach der Schätzung der Experten über eine Millionen Menschen ums Leben kommen können.²⁹⁴

Die andere negative Entwicklung ist eine plötzliche Implosion des nordkoreanischen Systems. Wenn Nordkorea keine umfassenden Reformen einführen würde, wäre sein System in seiner gegenwärtigen Form kaum überlebensfähig.²⁹⁵ Daraus wäre der wirtschaftliche Niedergang in Nordkorea unvermeidbar. Aus dem wirtschaftlichen Kollaps und der daraus folgenden miserablen Lebensqualität würde der Unmut unter der Bevölkerung wachsen, was schließlich zur politischen Unruhe in einer Form des Aufstandes der Bevölkerung oder des Machtkampfes führen würde. Zwar könnte das Regime im Norden vergeblich versuchen, mit gewaltigem Mittel die Kontrolle über die Bevölkerung auszuüben, jedoch wäre der Zusammenbruch Nordkoreas eine logische Konsequenz dieses Prozesses. Die Folge eines solchen Zusammenbruchs Nordkoreas würde eine Massenflucht nach Süden sowie China und Japan - bzw. gewaltige Unruhe und ein Vakuum in Nordkorea - mit hoher Wahrscheinlichkeit hervorrufen²⁹⁶, was politisch und wirtschaftlich nicht nur die gesamte Region, sondern vor allem auch die koreanische Halbinsel destabilisieren könnte. Zwar wäre die Wiedervereinigung durch Südkorea eine selbstverständliche Folge, aber das müsste wegen der enormen Kosten durch die Übernahme Südkorea in großen Schwierigkeiten bringen, was der Süden aus der Erfahrung der deutschen Einheit nicht möchte.

²⁹⁴ Als die USA-Regierung unter Bill Clinton 1993/94 einen Bombenangriff auf die Atomanlagen in Nordkorea plante, rechnete General Gary Luck, der damalige US-Militärgouverneur in Südkorea, mit mindestens einer Millionen Opfer, unter ihnen 80 000 bzw. 100 000 amerikanische Soldaten., Dazu siehe „Die Zeit“ vom 30. April 2003

²⁹⁵ Vgl. Maull, Hanns: a. a. O., S. 123.

²⁹⁶ Ebd.

Aber angesichts der aussichtslosen Wirtschaftslage in Nordkorea sieht man nicht nur die beiden oben genannten Risiken für Sicherheit und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel, sondern auch umgekehrt eine Möglichkeit zur positiven Entwicklung; die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Norden und dadurch die Annäherung beider koreanischen Staaten. Inzwischen müsste es der nordkoreanischen Führung klar geworden sein, dass die wirtschaftliche Wiederbelebung Nordkoreas ohne Hilfe von Außen – vor allen vom Süden - kaum vorstellbar sei. Zum Überleben seines Herrschaftssystems hätte Nordkorea keine Alternative außer der politischen und wirtschaftlichen Öffnung. Zugleich würde sich Südkorea seinerseits angesichts der unkalkulierbaren Risiken einer Implosion Nordkoreas um die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage im Norden bemühen. Mit dem Reformkurs im Norden würden Austausch und Zusammenarbeit zwischen beiden Koreas in verschiedenen Bereichen intensiviert. Damit würde sich der Annäherungsprozess zwischen beiden Seiten beschleunigt und am Ende auf der Grundlage der vertrauensbildenden Maßnahme einen Friedensvertrag vorsehen. Nachdem der Norden durch die direkte Hilfe und die Investitionen vom Süden seine Wirtschaft wieder aufgebaut und endlich alle Wirtschaftsprobleme überwunden hat, könnte nun die regelrechte Verhandlung über die Wiedervereinigung zwischen Süd und Nord zustande kommen.²⁹⁷

Jedoch sieht das dritte Szenario genau wie die anderen zwei Optionen letztendlich die Wiedervereinigung durch Südkorea – d.h. die Einbindung Nordkoreas in südkoreanischem System – vor. Zu den erforderlichen Reformen wären die weitreichenden Veränderungen auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene unumgänglich und notwendig. Aber Nordkorea wäre nicht sicher, ob eine Öffnung und der Reformprozess den Fortbestand seines Regimes garantieren können. Ganz im Gegenteil könnte dies den Untergang Nordkoreas weiter beschleunigen. Der wirtschaftliche Niedergang der DDR und der Fall in Osteuropa ist ein klarer Beweis. Darin liegt das Dilemma des nordkoreanischen Regimes: Zum Überleben braucht zwar Nordkorea die politische und wirtschaftliche Öffnung nach außen und die Veränderungen, aber dies könnte auch gleichzeitig die Grundlage seines Systems leicht gefährden.²⁹⁸ Folglich ist eine substantielle Veränderung des nordkoreanischen Systems unter den derzeitigen Umständen schwer prog-

²⁹⁷ Kreft, Heinrich: a. a. O., S. 61

²⁹⁸ Maull, Hanns: a. a. O., S. 123

nostizierbar, obwohl man eine zunehmende Reformorientierung in Nordkorea feststellen kann.²⁹⁹

3.3.2 Kosten der Wiedervereinigung Koreas

Wie im Fall der deutschen Einheit ist es kaum möglich, eine exakte Prognose über die Kosten der koreanischen Wiedervereinigung zu erstellen. Aber eines scheint klar zu sein, nämlich dass die Vollendung der Wiedervereinigung teurer und schwieriger als angenommen sein würde. Bis jetzt gab es verschiedene Schätzungen, die fast alle mit der deutlichen wirtschaftlichen Belastung Südkorea durch die Wiedervereinigung rechnet.

In diesem Zusammenhang berichtete die Wirtschaftswoche (Nr. 19) vom 1. Mai 1997 über die Kosten der Wiedervereinigung in Korea, indem sie eine Studie über die Kosten einer koreanischen Wiedervereinigung vom US-Ökonom Marcus Noland zitierte, der für das „Institute for International Economics“ in Washington arbeitete. Nach diesem Bericht müsse Südkorea dringend ausländisches Kapital aufnehmen, um eine Wiedervereinigung mit dem Norden verkraften zu können, und zugleich warnt er vor massiver Abwanderung aus dem Norden in den Süden mit der Öffnung der innerkoreanischen Grenze, falls die Wiedervereinigung im Jahr 2000 realisiert werden würde. Man könnte diese massenhaften Wanderungen nur verhindern, wenn man das Pro-Kopf-Einkommen im Norden auf etwa 60 Prozent des südkoreanischen Niveaus anheben könnte. (Er schätzte das Pro-Kopf-Einkommen im Süden im Jahre 2000 etwa zwölfmal höher als es im Norden und die Bevölkerungsrelation bei knapp 2 zu 1). Dann würde es bis zu einer solchen Teilangleichung der Lebensverhältnisse noch 25 Jahre dauern, wenn die Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel im Jahr 2000 kommen würde. Inzwischen müsste Südkorea insgesamt etwa 1200 Mrd. US-Dollar in den Norden transferieren und gleichzeitig würden etwa 2400 Mrd. US-Dollar noch mal aus dem Ausland zufließen. Dabei würde das Leistungsbilanzdefizit des vereinigten Korea in diesem Zeitraum acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Hingegen erreichte nach

²⁹⁹ Kreft, Heinrich:a. a. O., S. 61

der Wirtschaftswoche die ostdeutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf 1999 ein Viertel des westdeutschen Niveaus und das Bevölkerungsverhältnis betrug nur 4 zu 1. Trotz der enormen finanziellen Belastung für die Einheit, lag das deutsche Leistungsbilanzdefizit unter einem Prozent des BIP.

Bei einem gemeinsamen Symposium von „Korean Institute of Public Finance (KIPF)“ und deutscher „Friedrich-Ebert-Stiftung“ am 4. November 1997 wurde eine Analyse von einem koreanischen Teilnehmer vorgelegt. Mit Rücksicht auf den Fall eines „Big Bang Approach“ in Korea wie in Deutschland würden sich die Kosten der Wiedervereinigung während zehn Jahren nach der Wiedervereinigung Koreas auf etwa 220-780 Mrd. US-Dollar belaufen. Dies soll 4-14 Prozent des südkoreanischen BIP für die 10 Jahre entsprechen.³⁰⁰ Für öffentlichen Transfer in den Norden rechnete er insgesamt rund 223 Mrd. Dollar bzw. 354 Mrd. Dollar, angenommen, dass die Investition von der Regierung etwa 10 Mrd. oder 20 Mrd. Dollar pro Jahr betragen würde.³⁰¹

Das Internationales Kreditforschungsinstitut „Fitch“ in Großbritannien prognostizierte die Kosten koreanischer Wiedervereinigung in ihrem Research Report „South Korea: A Risk Update“³⁰² im Mai 2003. Nach seiner Studie soll eine wirtschaftliche Vereinigung der beiden Koreas sehr kostspielig werden. Das südkoreanische BIP pro Kopf soll etwa 10.000 US-Dollar erreichen, während man es auf etwa 750-1000 US-Dollar im Norden schätzt. Die nordkoreanische Bevölkerung mit 22 Millionen soll unter die Hälfte südkoreanischer Bevölkerung liegen. Das Verhältnis soll drauf hinweisen, dass die Kosten koreanischer Wiedervereinigung viel höher als die Kosten der deutschen Wiedervereinigung sein würden, die über die letzten zehn Jahren auf 30-50 % von westdeutschem BIP im Jahr 1991 geschätzt werden. Viele wirtschaftliche Studien zeigen das zweidreifache des BIP Südkoreas. Aber diese Schätzung ist sehr von dem Einkommensniveau im Norden abhängig. Hierbei muss der Ausgleich durch die Reduzierung militärischer Ausgabe auch berücksichtigt werden. Dadurch könnte man die Wiedervereinigungskosten während 10-15 Jahren mit 200-500 Mrd. US-Dollar rechnen.

³⁰⁰ Unter der Voraussetzung, dass die Wiedervereinigung Koreas im Jahr 1998 verwirklicht und das Wirtschaftswachstum im südkoreanischen Gebiet nach der Wiedervereinigung etwa 5 Prozent erreichen würde.

³⁰¹ Beitrag von Choi, Joonook: Financing Alternatives of Korean Unification Costs, in: Korea Institute of Public Finance (Hrsg.): Globalization, Unification and Tax Policy, Seoul 1997, S. 79-91.

³⁰² Zur ganzen Text siehe http://www.fitchrating.com/corporate/reports/report.cfm?rpt_id=171510.

Seiner Analyse nach könnte ein dramatischer Wiedervereinigungsprozess durch den Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes und den Krieg große finanzielle Belastungen – möglicherweise im Wert von 5-10 % südkoreanisches BIP pro Jahr – verursachen, was auf die Kreditwürdigkeit Koreas schwerwiegende Auswirkungen haben würde. Aber falls die gegenwärtige Krise in Nordkorea friedlich gelöst und damit eine Wiedervereinigung in Korea durch einen allmählichen Prozess verwirklicht werden würde, würden die Kosten der Wiedervereinigung die Krediteinschätzung kaum beeinflussen.

4 Zusammenfassung

In Hinsicht auf die Wiedervereinigungsfrage Koreas gab und gibt Deutschland Korea viele Lektionen und viel Know How nicht nur durch die Bemühungen bis zur Erreichung der Wiedervereinigung, sondern auch durch die Erfahrungen nach der deutschen Einheit. Vor allem zeigt die Entwicklung im Ostdeutschland, wie schwierig die Integration der Gesellschaft und der Aufbau Ostdeutschland sind. Aber die wichtigste Bedeutung der deutschen Einheit für Koreaner ist es, durch einen friedlichen und demokratischen Weg eine Wiedervereinigung unter günstigen Umständen zu erreichen. Diese friedliche Wiedervereinigung war eine Folge der konsequenten Politik (Ostpolitik) zur gegenseitigen Koexistenz und Entspannung und der Bemühungen um ununterbrochenen Austausch und Zusammenarbeit. Ohne die Ostpolitik Willy Brandts wäre die Mauer wohl kaum gefallen. Außerdem muss man auch nicht vergessen, wie mutig aber friedlich sich die DDR-Bürger damals für ihre Freiheit und Demokratie und die Einheit verhalten haben.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in Osteuropa und der politischen Entwicklung in der DDR sprach man anfangs über die Möglichkeit des Zusammenbruchs Nordkoreas voraus. Aber Südkorea sah bald auch ein Risiko durch den Zusammenbruch Nordkorea. Unter anderem fürchtete sich der Süden vor enormen wirtschaftlichen Belastungen nach dem Zusammenbruch Nordkoreas, die logischerweise der Süden übernehmen würde. Damals waren die wirtschaftlichen Bedingungen Süd- und Nordkoreas im Vergleich zu Ost- und Westdeutschland sehr schlecht. Während Westdeutschland ein Land der am besten fortgeschrittenen Industrieländer war, gehörte Süd-

korea immer noch zu den Entwicklungsländern. Die ostdeutsche Bevölkerung war ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung. Hingegen erreicht die nordkoreanische Einwohnerzahl die Hälfte der südkoreanischen Bevölkerung. Aber vor allem war der Unterschied zwischen der DDR und Nordkorea zudem zwischen Westdeutschland und Südkorea sehr groß. Der Einkommensstandard ostdeutscher Bürger entsprach zu der Zeit der deutschen Einheit 40 Prozent des BIP pro Kopf eines westdeutschen Bürgers und mehr als 10.000 US-Dollar pro ostdeutsches Einwohnern. Nordkorea war eines der ärmsten Länder in der Welt und wirtschaftlich fast bankrot. Anders als Nordkorea hatte die DDR vor der deutschen Einheit schon die Handelsbeziehungen mit der damaligen BRD sowie anderen westlichen Ländern aufgenommen. Daraus kam Südkorea zum Schluss, dass Südkorea anders als der deutsche Fall nicht in der Lage ist, Nordkorea zu absorbieren und damit war der Zusammenbruch Nordkoreas in dieser Situation unerwünscht. Seiner Ansicht nach wäre es eine wünschenswerte Option, zuerst eine friedliche Koexistenz zwischen beiden Koreas zu schaffen, anstatt den Zusammenbruch Nordkoreas zu forcieren und dadurch eine friedliche Wiedervereinigung zu verwirklichen.

Seit dem Gipfeltreffen sind die innerkoreanischen Beziehungen relativ auf einem guten Weg. Unter anderem nahmen Austausch und Zusammenarbeit auf der wirtschaftlichen Ebene enorm zu. Im Jahr 2003 lag das Handelsvolumen zwischen Süd- und Nordkorea bei 720 Millionen Dollar. Es ist ein Drittel des nordkoreanischen Handelsvolumens. Die Bauarbeit zur Verbindung der Schienenwege und Straßen zwischen beiden Seiten hat begonnen. Seit 1998 habe über 0,6 Millionen südkoreanische Touristen das Gebiet um das Gungang-Gebirge in Nordkorea besucht. Süd- und Nordkorea bauen einen gemeinsamen Industriepark in Nähe der entmilitarisierten Zone auf nordkoreanischem Boden.

Mit dieser Entwicklung der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea gibt es auch in Nordkorea selbst Zeichen des Wandels. Nordkorea hat schon Maßnahmen zu Korrektur der Wirtschaftspolitik durchgeführt und damit mehr Marktmechanismen aufgenommen. Nordkorea begann bereits eine pragmatische Reformpolitik voranzutreiben.

Die Nuklearkrise in Nordkorea die letzte Hürde auf dem Weg zur Normalisierung innerkoreanischen Beziehungen zu sein. In dieser Nuklearkrise sieht man mit einer mög-

lichen Gefahr zugleich auch eine Chance für die Zukunft Koreas. Wenn diese Krise durch die Verhandlungen friedlich beigelegt und damit die diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA normalisiert würde, was logischerweise von einem Friedensvertrag begleitet wird, könnte der Normalisierungsprozess zwischen beiden Koreas dramatisch vorangetrieben werden.

Kein Zweifel besteht daran, dass in Hinsicht auf die friedliche Wiedervereinigung die Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea weiterentwickelt und die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel reduziert und damit der Frieden gefestigt werden müssen. Dabei sind Schritte zur Normalisierung der Beziehungen Nordkorea zu anderen Ländern auch notwendig. Sie würden helfen, das Land zu öffnen, und spielen eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer Basis für Frieden und Kooperation in Korea.

Im Westen wird heutzutage auch die Menschenrechtsfrage in Nordkorea parallel mit der Nuklearfrage viel gesprochen und manche Leute befürworten Druck mit Sanktion gegenüber Nordkorea. Aber der einzige Weg, den Norden zu liberalisieren, wäre es, Nordkorea durch Normalisierung zu öffnen. Eine weitere Sanktion bzw. Isolation Nordkoreas würde die Lage der koreanischen Halbinsel noch verschärfen und die nukleare Bedrohung nur verstärken.

Aber man kann auch jegliche Entwicklungen wie den Zusammenbruch oder den Wechsel des nordkoreanischen Regimes nicht ganz ausschließen. Daher ist es auch wichtig für Koreaner, sich auf unerwartete Entwicklungen in Nordkorea vorzubereiten.